

PROTOKOLL

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 21. September 2006, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Harald Dunst, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Ursula Voglsam, Eva-Maria Wührleitner, Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: StR Walter Oppl, GR Andreas Kupfer,

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) ANGELOBUNG VON ZWEI NEUEN GEMEINDERATSMITGLIEDERN
- 3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG
- 4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 6) AKTUELLE STUNDE
- 7) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 7 der Tagesordnung:

GHJ2-73/06 Schaffung einer Parkfläche für die Vermietung an die FH OÖ.; Standort Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-171/05 BMW-Motoren-GmbH., Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr; Förderung der 8.

Ausbaustufe.

2) Fin-215/06 Produktionsschule Steyr; Zuweisung der Sonderfinanzierung.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

3) K-63/06 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2006.

4) BauH-228/06 Errichtung von Alten- und Pflegeheimen in den Stadtteilen Ennsleite und Tabor.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

5) BauH-12/99 Adaptierung Reithoffergebäude, Teil B, Einbau von Amtsräumlichkeiten im EG, 2. OG, 3. OG und Dachgeschoss Honorar Detailplanung Arch. Falkner
Honorar Planungsleistungen und Objektüberwachung-, Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Sanitär- und Regelinstallation
Honorar Planungsleistung und Objektüberwachung – Elektroinstallation
Honorar Statikerleistung.

6) GHJ2-76/06 Ankauf eines Gasbrennwertkessels; Volksschule Promenade 16.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

7) Fin-125/06 Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr; Projektförderung für Ausstellung „working.world.net“.

8) VH-8/06 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Änderung ab Herbstsemester 2006 – Grundsatzbeschluss.

9) Präs-631/03 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

10) Stw-53/06 Erdgaspreiserhöhung per 1. 10. 2006 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise im 1. Halbjahr 2006 um weitere 28 % über dem durchschnittlichen Einkaufspreis des Vorjahres 2005 mit weiterhin steigender Tendenz.

11) Stw-78/06 Bescheid der E-Controll-Kommission vom 15. 2. 2006 über die neuerliche Berufung gegen den Bescheid der E-Control GmbH zur Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr – Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

12) BauT-6/06 Kanalisation Steyr – Kanalneubau 2006/2
1. Ennsleite; Roseggerstraße – Goethestraße
2. Innere Stadt; Zieglergasse, Schächte aufsetzen
3. Schlüsselhof – Ort; Schlüsselhofgasse; Fischergasse
4. Münchenholz; Schächte aufsetzen, Kanäle umbinden
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerichtung

13) BauT-17/05 Kanalsanierungen Steyr, Baulos 2006; Kanalsanierungsarbeiten Innenstadt und Schlüsselhofgasse (HTL).

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

14) Agrar-10/04 Jagdausschuss; Änderung in der Zusammensetzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, liebe Gäste, liebe Vertreter der Presse

und der Medien, ich darf Sie ganz, ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung begrüßen. Die Einberufung war rechtzeitig und ich möchte auch die Beschlussfähigkeit feststellen. Die Protokollprüfer sind heute die GR Silvia Thurner und der GR Hans Payrleithner. Entschuldigt sind der StR Walter Oppl und der GR Andreas Kupfer.

Ich komme gleich zu Punkt 2), Angelobung bzw. Verabschiedung von Gemeinderäten.

Herr Gemeinderat Walter Gabath sowie Herr Gemeinderat Engelbert Lengauer haben mir beide mit Schreiben vom 6. Juli 2006 mitgeteilt, dass sie auf die Ausübung ihres Gemeinderatsmandates verzichten.

Herr Gemeinderat Walter Gabath war in vielen Ausschüssen tätig im Laufe seiner Tätigkeit hier im Gemeinderat. Seine Tätigkeit dauerte von 10. 3. 1994 bis 31. 8. 2006 tätig.

Er war Mitglied im Bauausschuss, Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Ausschuss für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, Ausschuss für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor, Prüfungsausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung, Umweltausschuss, Wohnungsausschuss und Personalbeirat. Also eine sehr umfangreiche Tätigkeit die Walter Gabath hier im Gemeinderat ausgeübt hat.

Als Ersatzmitglied war er tätig im Verkehrsausschuss, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss; Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Umweltausschuss und Bauausschuss.

Ich möchte mich bei Herrn Walter Gabath für seine engagierte Tätigkeit als Gemeinderat der Stadt Steyr ganz, ganz herzlich bedanken. Er war als Gemeinderat stets auf breiten Konsens bedacht. Ich möchte auch ganz besonders hervorheben, dass Walter Gabath auch in der Arbeitsstiftung der Stadt Steyr eine sehr tragende Rolle inne hatte.

Ich möchte Herrn Walter Gabath als Zeichen der Wertschätzung und als Zeichen der Anerkennung den Ehrenbecher der Stadt Steyr überreichen und möchte mich ganz herzlich für seine Tätigkeit bedanken. Ich wünsche dir auch für deine Zukunft alles, alles Gute. Walter, herzlichen Dank.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Gemeinderat Engelbert Lengauer war auch in vielen Ausschüssen im Laufe seiner Tätigkeit hier im Gemeinderat tätig. Er war von 7. November 1991 bis 31. 8. 2006 im Gemeinderat tätig.

Er war Mitglied im Kulturausschuss, in letzter Zeit als Vorsitzender, Wohnungsausschuss, Ausschuss für Schul- und Sportangelegenheiten, Ausschuss für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor, Ausschuss für soziale Angelegenheiten.

Als Ersatzmitglied im Umweltausschuss, Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Personalbeirat und Bauausschuss.

Ich möchte mich auch bei Herrn Lengauer für seine engagierte Tätigkeit als Gemeinderat der Stadt Steyr und als Vorsitzender des Kulturausschusses ganz, ganz herzlich bedanken. In der Zusammenarbeit mit dem Kulturreferenten war er immer sehr vorbildlich unterwegs und er hat auch dafür gesorgt, dass auch hier ein Konsens zwischen allen Parteien gegeben war. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, dass seine Reden hier im Gemeinderat immer sehr stark und kräftig ausgeführt wurden und er uns auch mit seinen Beiträgen immer begeistert hat.

Lieber Engelbert, ich möchte mich für deine Tätigkeit im Gemeinderat ganz herzlich bedanken. Ich wünsche dir natürlich auch für die Zukunft alles Gute. Ich weiß, dass es deiner Frau ja nicht besonders gut geht und dass du dich in Zukunft der Pflege widmen wirst. Ich wünsche dir und deiner Frau alles Gute für die Zukunft und möchte dir ebenfalls den Ehrenbecher der Stadt Steyr überreichen. Ein herzliches Dankeschön.

Beifallskundgebung

HERR ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Gäste. 15 Jahre Gemeinderat – es wird mir fehlen, aber alles hat seine

Zeit. Als praktizierender Christ sah ich meine Aufgabe im Gemeinderat als Pastoralauftrag und fühlte mich der christlichen Soziallehre verpflichtet. Den Vorrang, der Würde, der menschlichen Person. Den Willen zu dienen und nicht zu beherrschen. Der Notwendigkeit den zwischenmenschlichen Beziehungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken als der Anhäufung von Presseartikeln oder Macht. Das war mein Versuch, mein Bemühen in diesen 15 Jahren meiner Gemeindearbeit. Danke an alle im Gemeinderat für das Anhören, Mitdenken, auch für die Kritik. Danke auch an alle Beamten für das Mitarbeiten dürfen, 15 Jahre lang. Mein besonderer Dank gilt natürlich meiner Fraktion. Wir haben das in der letzten GR-Sitzung schon gemacht. Hier noch einmal ein einfaches Dankeschön für das Akzeptieren und das Ertragen. Ich war nicht immer ganz einfach. Dank dem Herrn Altbürgermeister Hermann Leithenmayr. Ich habe ihn als großen Menschen schätzen gelernt, er hat mich berufen zum Vorsitz im Kulturausschuss. Dank dem Herrn Bürgermeister David Forstenlechner als Weyrer haben wir manches, vieles gemeinsam. Dank der Frau Vizebürgermeisterin Mach, sie hat mich immer in ihre Überlegungen bei der Arbeit zum APT und APM mit einbezogen. Ganz besonderer Dank an Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring. Wir konnten vieles gemeinsam für die Kultur erreichen. Danke Dietmar, du bist mir ein echter Freund geworden. Dank auch allen anderen Mitgliedern des Kulturausschusses für die ehrliche, objektive Arbeit. Besonders danken möchte ich der Frau Mag. Frech und Herrn Mag. Klausberger. Nochmals an alle aus dem Gemeinderat die mir gewogen waren, an alle anderen auch, recht, recht herzlichen Dank. Herzlichen Dank auch an alle die Anteil genommen haben an unserem Unfallgeschehen. Meine Frau wird Anfang Oktober wieder operiert werden müssen.

Vier besondere Bitten hätte ich, persönlich.

1., die Weiterarbeit am Kulturentwicklungsprogramm. Ich glaube, für die Stadt Steyr wird es ein Segen sein, wenn wir in dieser Richtung etwas leisten können.

Die zweite Bitte ist das Heimathaus, unser Stadtmuseum, seine Erneuerung, seine Revitalisierung. Bitte vergesst mir dieses Heimathaus nicht.

Die dritte Bitte, das Altenheim am Tabor. Die Bewohner, die Pflegepersonen brauchen ehestens ein neues Haus. Zum neuen Plan Ennsleite und Tabor nur zwei Häuser mit je 120 Betten, ich meine, das ist zuwenig Platz, die Zahlen sprechen andere Werte. Steyr braucht mehr.

Und nun darf ich noch einmal Dank sagen für die Ehrung und darf meine vierte Bitte gemeinsam mit meinem Freund Walter Gabath an den Gemeinderat richten. Im Gemeinderat möge wieder eine Sprache einziehen, die nicht beleidigt, die nicht persönlich angreift, die wieder Atmosphäre schafft, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr. Alles Gute, Gottes Segen, wir beide sagen danke.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Lieber Engelbert Lengauer, ein herzliches Dankeschön für diese Dankesworte. Wir werden selbstverständlich diese Worte ernst nehmen und in Zukunft an diese Worte zurückdenken.

Aufgrund dieser beiden Mandatszurücklegungen wird es heute zur Angelobung von zwei neuen Mitgliedern des Gemeinderates der Stadt Steyr seitens der ÖVP-Fraktion kommen.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates ist daher Frau Ursula Voglsam und Herr Harald Dunst anzugeloben. Die Gelöbnisformel lautet:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche nun Frau Ursula Voglsam, sich von ihrem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ zu leisten.

FRAU URSULA VOGLSAM:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke sehr. Nun ersuche ich auch Herrn Harald Dunst, sich von seinem Platz zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ zu leisten.

HERR HARALD DUNST:
Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön, damit sind Sie Gemeinderat der Stadt Steyr.

Herr Engelbert Lengauer und Herr Walter Gabath verlassen den Gemeinderatssitzungssaal.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme nun zu Punkt 3), Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse, Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. Oktober 2003 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Bedingt durch die Zurücklegung der beiden Gemeinderatsmandate durch Herrn Walter Gabath und Herrn Engelbert Lengauer ist eine Änderung der personellen Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse bei der ÖVP-Fraktion notwendig. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für die Wahl der Ausschussmitglieder seitens der ÖVP-Fraktion übermittelt. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind. Dieser Vorschlag lautet:

im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss:
als Ersatzmitglied: DI Christian Altmann anstelle von Walter Gabath

im Kulturausschuss:
Ing. Wolfgang Hack anstelle von Engelbert Lengauer
als Ersatzmitglied: Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner anstelle von DI Christian Altmann

im Bauausschuss:
Harald Dunst anstelle von Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
als Ersatzmitglied: Ing. Wolfgang Hack anstelle von Engelbert Lengauer

im Wohnungsausschuss:
Ursula Voglsam anstelle von Walter Gabath

im Prüfungsausschuss:
DI Christian Altmann anstelle von Walter Gabath

im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend und Gesundheit:
als Ersatzmitglied: Ursula Voglsam anstelle von Engelbert Lengauer

im Ausschuss für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung:
Harald Dunst anstelle von Ing. Wolfgang Hack

im Verkehrsausschuss:
als Ersatzmitglied: Harald Dunst anstelle von Ing. Wolfgang Hack

im Umweltausschuss:
als Ersatzmitglied: Ing. Wolfgang Hack anstelle von Walter Gabath

im Ausschuss für Schule u. Sport:
als Ersatzmitglied: Ursula Voglsam anstelle von DI Christian Altmann

im Verwaltungsausschuss „Stadtwerke Steyr“:
als Ersatzmitglied: Harald Dunst anstelle von Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

im Verwaltungsausschuss „APT & APM“:
Ursula Voglsam anstelle von Engelbert Lengauer

Ich ersuche daher die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Danke, einstimmige Annahme. Damit gelten die von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Ich komme zu Punkt 4), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Mit Schreiben vom 15. 9. 2006 richtete die ÖVP-Gemeinderatsfraktion eine Anfrage an mich mit dem Ersuchen um Weiterleitung an Herrn Vizebürgermeister Bremm. Ich ersuche nun Herrn Vbgm. Bremm um Verlesung und Beantwortung dieser Anfrage:

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anfrage seitens der ÖVP-Fraktion, gem. § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das letzte Hochwasser im August hat zum Glück relativ wenig Schaden verursacht und es konnte durch den äußerst lobenswerten Einsatz der Bevölkerung, der Feuerwehr, des Wirtschaftshofes, des Reinhalteverbandes und vieler anderer rasch bewältigt werden. Nur in einem Punkt hat der Einsatz und Schutz offenbar nicht funktioniert:

Das Paddlerhaus, hier gegenüber der Stadt, wurde 2003 nach heftigen Diskussionen mit sehr viel Geld aus der Stadtkasse saniert.

Ebenso wurden Hochwasserschutzmaßnahmen (Schote) eingebaut bzw. vorbereitet.

- Ist es richtig, dass trotz Hochwasseralarmierung kein Mitglied des Paddlervereines Forelle zur Sicherung des Objektes kam?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Entschuldigung, da ist ein Fehler drinnen gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Paddlerhaus ATSV, nicht Forelle.

- Ist es richtig, dass die Schutzmaßnahmen deshalb nicht erfolgten?

- Ist es richtig, dass dadurch das Wasser in die Räumlichkeiten eindrang und wieder ein beträchtlicher Schaden angerichtet wurde?

- Wer ist für diesen verantwortungslosen Umgang mit dem Gebäude, das sich im Besitz der Stadt Steyr befindet, verantwortlich?

- Wer kommt für den entstandenen Schaden auf?

- Was wird in Zukunft gemacht, solche Miss-Stände zu verhindern und dadurch Allgemeingut zu schützen?

Bitte um Beantwortung meiner Fragen.“

Zu Frage 1) darf vorweg mitgeteilt werden, dass es nicht die Forelle sondern der ATSV. Zur Anfrage selbst – es ist richtig, dass kein Mitglied der Sektion trotz Hochwasseralarmierung zur Objektsicherung kam.

Es ist natürlich bei einem Verein, und wer in einem Verein tätig ist weiß das ja, dass es ungleich schwieriger ist als in einem Gebäude das bewohnt ist oder wo der Wohnsitz in dem Haus ist, da wird das wesentlich anders registriert. In einem Verein ist es so, und auch in dieser Sektion ist es der Fall gewesen, dass der Hauptverantwortliche, der für diese Vereinsliegenschaft die hier in Pacht ist, nicht in Steyr wohnhaft ist, sondern außerhalb von Steyr wohnhaft ist. Es ist halt hier problematisch, dass dann die Information, der Alarm auch registriert wird und dass dann auch entsprechend rasch, wie das halt beim Hochwasser immer der Fall ist, reagiert werden kann.

Zu Frage 2): Wenn kein Mitglied trotz Alarmierung kommt, ist es richtig, dass die Schutzmaßnahmen deshalb nicht erfolgten?

In diesem Zusammenhang darf mitgeteilt werden, dass nach Rücksprache mit der FA für Schule und Sport dem Gefertigten mitgeteilt wurde, dass Hr. Kargl, der Sektionsleiter war, kurzfristig aus seiner Funktion ausgeschieden ist und da auch halt ein luftleerer Raum für kurze Zeit gewesen ist, dass das halt nicht so nahtlos übergegangen ist wie es wünschenswert ist.

Zu Frage 3): Ist es richtig, dass dadurch Wasser in die Räumlichkeiten eindrang und wieder ein beträchtlicher Schaden angerichtet wurde?

Bedingt durch den Umstand, dass niemand zur Objektsicherung kam, ist es logisch, dass Wasser in die Räumlichkeiten eingedrungen ist. Selbstverständlich, wenn die Schote oben gewesen wären, wäre kein Wasser hineingekommen, dann hätten wir es jetzt auch nicht im Gemeinderat. Der dadurch entstandene Schaden ist trotz des vorizzierten Umstandes eher geringfügig.

Es wurden lediglich die beiden Türen, im vorderen und im rückwärtigen Bereich, beschädigt. Es ist eine Gesamtschadenshöhe von ca. € 1.000,-- festgestellt worden.

Zu Frage 4): Aufgrund des bestehenden Mietvertrages ist der ATSV Steyr Sektion Paddeln, aber insgesamt der ATSV Steyr, für diesen Schaden verantwortlich.

Zu Frage 5): Wer kommt für den entstandenen Schaden auf?, kann ich mitteilen, da es sich bei dem entstandenen Schaden nicht um eine normale Abnutzung handelt, ist es selbstverständlich, dass der ATSV Steyr, die Sektion Paddeln, für diesen Schaden aufkommen wird, weil er sich auch in einem geringen Ausmaß hält.

Zu Frage 6): Was wird in Zukunft gemacht, solche Miss-Stände zu verhindern und dadurch Allgemeingut zu schützen?

In diesem speziellen Fall wird es sicherlich vereinsintern, und das ist ja nicht aus Nachlässigkeit oder aus Jux und Tollerei und aus Wurstigkeit, dass das dort nicht angebracht wird, sondern es ist auch ein großes Anliegen der Sektion und des ATSV, dass das funktioniert. Da muss man schon dazu sagen, zum vorher Erwähnten, wie der Schaden 2002, und es war ja ein Jahr vorher auch ein Hochwasser, der auch bei dem Haus dementsprechenden Schaden zugefügt hat, dass dort schon die Verantwortlichen des ATSV Steyr selbst Hand angelegt haben und diesen Schaden halt auch mitgeholfen haben zu bewältigen. Da hat der ATSV dort auch dementsprechende Leistungen einbringen müssen. Es ist da von der öffentlichen Hand, vom Land und vom Dachverband auch dementsprechend mitfinanziert worden und aus dem heraus möchte ich da schon anmerken, dass der Verein schon auch so verantwortungsbewusst und verantwortungsvoll ist, dass er dieses Haus auch dementsprechend in Ordnung hält. Wenn man sich das Haus anschaut wie es vor ein paar Jahren noch ausgeschaut hat und wie es jetzt aussieht, dann ist es auch mit ein Verdienst des ATSV Steyr und der Funktionäre der Sektion Paddeln. Die haben da also schon auch wesentlich ihren Beitrag dazu geleistet. Die Stadt hat auch mitgeholfen, aber insgesamt war es doch ein Projekt des Vereines und auch eine Leistung des Vereines. Es werden dort aufgrund der personellen Veränderungen, die stattgefunden haben, wird sicherlich dort vorgesorgt werden, dass in Zukunft bei Hochwasser die dementsprechenden Vorbereitungen getroffen werden. Aber ich ersuche da wirklich noch einmal um Verständnis dafür, wenn in dem Haus niemand wohnt und wenn die Verantwortlichen weg sind, dann ist niemand da der das macht und das ist halt in einem Verein nicht ganz einfach zu bewältigen. Da tut man sich halt, wenn man in diesem Haus wohnt, wesentlich leichter damit und hat da auch nebenbei wem, der einem hilft. Also, die Vorbereitungen der Sektion und des Vereines sind getroffen. Ich hoffe, dass das auch funktioniert. Die Stadt hat aus diesem kleinen Missgeschick keinen Schaden davongetragen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich danke für die Beantwortung dieser Anfrage und komme zu Punkt 5), Mitteilungen des Bürgermeisters.

10 Jahre Abfall-Sammelzentrum: Jubiläum wird gefeiert

Gleich zwei Jubiläen werden an der Ennser Straße am 30. September ab 9 Uhr gefeiert: 25 Jahre Abfall-Trennung und 10 Jahre Abfall-Sammelzentrum.

Das Jubiläums-Fest beginnt mit einem Kinderprogramm und Live-Musik. Um 10.30 Uhr ist die offizielle Eröffnung mit dem Überreichen einer Geburtstagstorte.

Probealarm am 7. Oktober

Ein bundesweiter Zivilschutz-Probealarm findet am Samstag, 7. Oktober, statt. Auch in Steyr werden an diesem Tag zwischen 12 und 13 Uhr die Sirenen heulen.

Der Zivilschutz-Probealarm wird einmal jährlich durchgeführt, um die Bevölkerung mit den Signalen vertraut zu machen und gleichzeitig die Funktion und Reichweite der Sirenen zu testen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im August 2006 betrug 5,3 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 2006 2.265 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 2,5 % (d.s. 55 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 13,1 % (d.s. 342 Personen).

Im August 2006 sind 653 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 26 Stellen mehr und erhöhten sich auch gegenüber dem Vorjahr um 213 Stellen.

Wir kommen nun zu Punkt 6), „Aktuelle Stunde“.

Die FP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Hochwasserschutzmaßnahmen“.

Ich ersuche nun Herrn Gemeinderat Eichhübl, das Thema näher auszuführen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das macht mein Kollege Hans Payrleithner, der ist direkt davon betroffen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wenn es der Payrleithner macht ist es mir auch recht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, auch wir bleiben beim Thema Hochwasser, hochaktuell. Wir haben zweimal in diesem Jahr das Hochwasser gehabt. Das zweite Hochwasser war durchaus in der Dimension und in der Höhe des Hochwassers von 1991 und es war bekanntlich ein Hochwasser, das wieder große Schäden verursacht hat. Wir haben das auch heute zum Thema gemacht, denn vier Jahre, mehr als vier Jahre, sind vergangen seit dem katastrophalen Hochwasser vom August 2002. Viele Bürger, vor allem betroffene Anrainer in Steyr, fragen sich schon langsam wann mit den Studien und Diskussionen aufgehört wird und wann endlich Maßnahmen umgesetzt werden. Ich darf das vielleicht in zwei Gruppen in meiner Wortmeldung einteilen. Auf der einen Seite ist die Rolle des Landes und des Bundes, der Bund leistet ja auch finanziellen Zuschuss zu Maßnahmen. Ich nehme an, dass jeder Haushalt in Steyr diese Broschüre erhalten hat „Die Lehren aus der Hochwasserkatastrophe OÖ, OÖ investiert in Schutz und Vorsorge“. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich halte diese Broschüre für eine Frotzelei und ein bisschen eine Verhöhnung der Steyrer Bürger, vor allem jener, die vom Hochwasser betroffen sind, weil auf dieser wunderschönen farbigen Broschüre, die viel Geld gekostet hat, teilt uns die Schwarz-Grüne Landesregierung mit, der Herr Anschober ist ja auch zuständig für Hochwasser in OÖ, auf immerhin 23 Seiten, ich möchte gar nicht wissen, was das gekostet hat, was er alles in OÖ usw. macht. Er findet es doch der Mühe wert, auf der Seite 14, in einem Satz zumindest auf Steyr einzugehen, „Meteorologisch, hydrologisches Warnsystem, es soll ein Vorwarnsystem entwickelt werden“. Das ist alles, was der Landesregierung zu Steyr einfällt. Steyr eines immer der hauptbetroffenen Gebiete beim Hochwasser. Das kann es doch bitte nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich verstehe den Unmut vieler Bürger, als sie das im Briefkasten hatten und das dann gelesen haben, wenn das die Maßnahmen sind die jetzt auf Steyr zukommen. Also ich hoffe, dass da die Stadt auch einmal ordentlich auf den Busch klopft Richtung Linz und dass hier die Studie, die ja längst alle unter Dach und Fach sind, auch umgesetzt werden. Aber auch die Stadt Steyr kann man nicht ganz aus der Verantwortung nehmen. Ich hoffe, dass der Bürgermeister und der Vizebürgermeister ihre Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Umsetzung der Hochwasserstudien inzwischen beiseite gelegt haben. Ich will gar nicht den Ehrenringträger zitieren, der da Leserbriefe in diese Richtung geschrieben hat. Auch in der Presse war ein großer

Artikel mit Interview vom Bürgermeister und vom Vizebürgermeister die da offensichtlich unterschiedlicher Meinung waren. Ich hoffe, dass die inzwischen ausgeräumt sind, weil ich glaube es ist wirklich höchste Zeit, dass jetzt etwas geschieht. Vielleicht kann uns auch der Bürgermeister oder der Herr Vizebürgermeister zu diesem Thema noch etwas sagen. Man weiß nicht, wenn es wieder einmal drei, vier Tage regnet und das Ganze beginnt von vorne. Es ist höchste Zeit, dass etwas geschieht. Die Geschichte mit dem Kraftwerk dürfte offensichtlich nicht gehen, was ich sehr schade finde. Der Kurt Apfelthaler ist ja auch sehr skeptisch, was die Umsetzung anbelangt. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, wenn sie in Linz auch feststellen, dass sich die Steyrer selbst nicht einig sind, dann werden wir das so machen wie bei den Straßenprojekten, wo wir 20 Jahre in Steyr alles auf die lange Bank geschoben haben und dann werden wir halt, so wie es in dieser Broschüre drastisch dargestellt ist, überall anders investieren nur nicht in der Stadt. Ich glaube, das können wir unseren Bürgern gegenüber nicht verantworten. Es ist wichtig, dass wir in dieser Angelegenheit alle an einem Strang ziehen und dass endlich was weiter geht.

Vielleicht noch ein Wort zum Paddlerhaus dort drüben. Ich fahre ja dort des Öfteren vorbei. Schade ist in erster Linie einmal, dass dort fast keine sportliche Aktivitäten mehr sind in letzter Zeit. Ich weiß nicht, woran das liegt. Offensichtlich haben sich die Paddleraktivitäten auf die Forelle Münichholz zurückgezogen. Wir haben dieses Haus dort drüben zweimal mit Millionen aus Steuermitteln saniert, du hast das ja eh heute ein bisschen angeschnitten, und ich betrachte das Ganze als eine vereinsinterne Angelegenheit. Wenn einer nicht da ist, dann muss man halt einen anderen beauftragen, dass er die „Türln“ dort zumacht. Dort haben wir die „Türln“ oben was die anderen Bürger nicht haben und werden auch nicht verwendet. So kann es ja bitte auch nicht sein. Ich glaube, das sollte man einmal vereinsintern klären, der Kurt ist eh Mitglied bei diesem Verein, dass das nicht mehr geschieht. Immerhin ist es ja letzten Endes auch wieder Steuergeld, was da aufgewendet werden muss.

Zum Abschluss noch einen Satz. Die ÖVP-Fraktion hat glaube ich mit der Frau Frech das letzte Mal einen Antrag von uns hier eingebracht, dass man die Zuschüsse, die Subvention für Hochwasserschutzmaßnahmen, die die Bürger tätigen, erhöht, weil das ist ein uralter Betrag mit 10.000 Schilling noch. Man hat uns Seinerzeit versprochen, dass das rasch über den Finanz- und Rechtsausschuss dann im Gemeinderat behandelt wird. Heute haben wir wieder eine GR-Sitzung, es ist über zwei Monate her, und ich finde diesen Antrag nicht auf der GR-Sitzung. Das gehört auch zum Thema, wie man dieses Thema in Steyr ernst nimmt. Ich vermisse das sehr. Es gehört in Euro-Beträge aufgerundet, dass auch die Privaten vermehrt diese Schutzmaßnahmen in Steyr anbringen. Da spart sich die öffentliche Hand sicherlich einiges an Geld. Wenn man es jetzt eh noch nicht auf der Tagesordnung hat, vielleicht bei der nächsten GR-Sitzung, aber dann auch so, dass man nicht nur diese Schoten subventioniert sondern vielleicht auch Rückschlagventile, weil sehr viele Leute haben in Steyr das Problem, dass es nicht nur von vorne reinkommt sondern bei einem gewissen Wasserstand über die Kanäle reinkommt. Man sollte das auch berücksichtigen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Ich darf zu diesen Fragen einmal Stellung nehmen. Zum einen einmal, die Broschüre muss ich ganz ehrlich sagen, hat mich auch sehr enttäuscht. Wie ich das gelesen habe, habe ich gesagt, wir haben mehrere Gespräche mit dem Land OÖ, mit dem LR Anschober, dem verantwortlichen Beamten in Linz, gehabt und eigentlich bin ich der Überzeugung, dass auch richtig und gut zusammengearbeitet wird zwischen unseren Beamten und den Beamten der Landesregierung und dass auch ein entsprechend gutes Projekt vorliegt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ein genauer Zeitplan vorliegt. Ich glaube, den kennt jeder, zumindest die, die im Planungsausschuss drinnen gesessen sind. Es ist allen Parteien bekannt, dass es ganz genaue Abläufe gibt, die hier festgelegt wurden, dass es wissenschaftliche Untersuchungen gegeben hat durch DI Gunz und das Ergebnis ja seit einiger Zeit vorliegt und das Punkt für Punkt und gewissenhaft und ganz genau abgearbeitet wird. Ich bin ganz überzeugt, dass das auch so passieren wird. Natürlich kann es die eine oder andere Verzögerung hin und wieder geben. Mir hat der Herr Baudirektor heute mitgeteilt, dass gerade die Verhandlungen zum Thema Ramingbach, Verbesserung im Bereich Ramingbach sind. Da sind heute gerade diese Bauverhandlungen und da ist auch mitgeteilt worden, dass der Baubeginn, nicht wie ursprünglich vorgesehen, wir haben ja gesagt, wir wollen ihn vorziehen, wir werden den Baubeginn für den Ramingbach im Februar 2007 machen. Da ist er drinnen mit vier Monate früher. Aber das sind eben die Themen die aufgrund von irgendwelchen Behördenläufen notwendig sind und die einfach nicht früher zu machen sind. Alle anderen Projekte, also das Projekt in der Unterhimmler Au, da gibt es ja demnächst eine Besichtigung dieses Modells,

wo man das Schottergeschiebe noch einmal in einem Detail, in einem Versuch besichtigen kann, aber die anderen sind bereits im Gange. Einige sind bereits umgesetzt. Ich bin ganz überzeugt, dass alles richtig läuft.

Zum Thema Meinungsverschiedenheiten zwischen Gerhard und mir, da möchte ich auch ganz klar festhalten, wir waren bei der Informationsgemeinderatssitzung beide anwesend und es ist selbstverständlich, dass jedes Mitglied eines Gemeinderates die Möglichkeit hat dort seine Bedenken zu äußern. Das ist für mich selbstverständlich. Dass diese Bedenken vom Herrn Vizebürgermeister dann ganz groß in der Zeitung bereitgetreten wurden und so dargestellt wurden wie wenn wir beide uns auf verschiedenen Wegen befinden würden, das ist mit Sicherheit nicht so. Wir haben das Thema abgestimmt, wir haben es auch x-mal besprochen und selbstverständlich sind Befürchtungen von einzelnen Mitgliedern des Gemeinderates, da ist ja nicht der Gerhard Bremm der Einzige der befürchtet dass das Stadtbild leiden könnte. Wir sind aber zur Überzeugung gekommen, nach den genauen Darstellungen des DI Gunz, dass diese Variante, die schlussendlich gewählt wird, wo es ja zu einer Eintiefung der Enns in ca. 2 Meter kommt, natürlich auch Auswirkungen auf den Uferbereich haben wird und dieser Uferbereich wird sich im Laufe der Zeit wieder so angleichen, sodass die Ansicht in etwa wieder so sein wird wie sie jetzt ist. Allen muss klar sein, dass es einen 100%igen Hochwasserschutz natürlich nie geben kann. Dass die Natur nicht berechenbar ist, das brauche ich nicht extra erklären, das ist halt einmal so, und es wird auch in Zukunft so sein. Dadurch wird es halt auch immer wieder zu Hochwässern kommen, die für unsere Stadt nicht angenehm sind. So, das wollte ich eigentlich ganz kurz zu diesem Projekt ausführen.

Vielleicht noch das Thema, diese Schutzwände. Ich habe eine Initiative aufgegriffen, dass wir gesagt haben, wir wollen, dass in Zukunft möglichst viele dieser Schutzwände hier in Steyr an den Einfahrten und an den Garagen hier angebracht werden. Ich habe den Magistratsdirektor beauftragt, alle Besitzer solcher Einfahrten anzuschreiben und darauf hinzuweisen, dass es diese Möglichkeit gibt. Es gibt auch eine Bitte der Feuerwehr. Das möchte ich auch ganz deutlich sagen. Die Feuerwehr hat mir nämlich gesagt, es gibt Hausbesitzer entlang des Enns und Ortskais, die finden das schon ganz selbstverständlich, dass nach einem Hochwasser sowieso die Feuerwehr kommt und die Garagen dann ganz gratis ausschwemmt. Ich habe bei diesem Schreiben auch darauf hingewiesen, dass wir in Zukunft überlegen, für das Auswaschen solcher nichtgeschützten Einfahrten und Garagen, in Zukunft Beträge verlangen werden, wenn sie diese Wände nicht kaufen. Die Unterstützung die schon immer dafür gezahlt worden ist, wird auch in Zukunft bezahlt. Das ist auch so für mich selbstverständlich. Danke schön.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Da geht es ja um mehr Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich sage dir nur, dass die Rückmeldungen aus diesem Schreiben äußerst dürftig sind.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das Interesse?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das Interesse ist äußerst dürftig.

Gibt es noch eine Wortmeldung? ÖVP bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Hochwasser ist mit Sicherheit ein sehr sensibles Thema und vor allem, nachdem 2002 fast 1.000 Wohnungen, 980 waren es, davon betroffen waren. Ich habe versucht in meinem Bericht, im letzten Amtsblatt, sehr ausführlich darüber zu berichten wie der derzeitige Stand ist und welche Maßnahmen wann geplant sind. Der Herr Bürgermeister hat es ja schon ausgeführt, dass es über die Art der Maßnahmen und auch über den Zeitpunkt keine Differenzen gibt, sondern dass das übereinstimmend festgelegt wurde, auch mit dem Land OÖ. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wenn wir jetzt noch mehr an Unsicherheit reinbringen und versuchen hier irgendwelche Keile hineinzubringen sondern am sinnvoll ist es, wenn wir auch nach außen hin oder auch nach Richtung Linz hin gemeinschaftlich auftreten und das einfordern. Wenn uns das eine oder andere früher gelingt und wir hoffen ja, dass wir mit den Abbaggerungen im Inselbereich und vis a vis vom Ramingbach, hier im Schlüsselhofbereich, da bei der Kurve, dass wir das vielleicht wirklich 2007, spätestens 2008 effektiv umsetzen können. Ich bin aber beim Payrleithner Hans, dass ich glaube wir sollten diese Aktion ausweiten auf

Rückschlagklappen. Wir haben es jetzt gesehen, am 28. Juli war das glaube ich, da war dieser Wolkenbruch und da sind Ortsteile vom Hochwasser betroffen worden die bisher noch nie Probleme gehabt haben. Ob das der Tabor war, hier waren sehr viele Keller, sehr viele Objekte unter Wasser, Sarningbereich, Reichenschwall usw., überall. Unser Kanalnetz kann solche Wassermengen einfach nicht fassen. Auch wenn wir sie ausbauen und vergrößern, diese Mengen an Niederschlägen die da binnen kürzester Zeit runterprasseln, das können auch größer dimensionierte Kanäle nicht aufnehmen. Um die Objekte zu schützen, ist es notwendig, dass hier Rückschlagklappen eingebaut werden. Das kostet etwas. Auch die laufende Wartung kostet etwas. Aber dann sollten wir wenigstens einen Anreiz schaffen, vonseiten der Stadt, und das mit aufnehmen in die Förderkulissee. Ich glaube, das wäre sinnvoll, das wäre auch verantwortungsvoll und ich ersuche da wirklich, dass wir im nächsten Ausschuss so etwas beschließen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung der Grünen? GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, lieber Sportkollege Hans Payrleithner, jetzt hörst du es von mir zum dritten Mal, es ist im Grunde genommen alles auf Schiene, es hat mehrere Delegationen nach Linz hinüber gegeben und umgekehrt, wir stehen in sehr gutem Kontakt mit der hiesigen Beamtenschaft. Ich weiß nur nicht, über was du dich jetzt wirklich aufregst, über die Broschüre, da sagst du halt auch nur die halbe Wahrheit, du sagst, da steht nur drinnen, dass wir ein Vorwarnmodell haben, aber das ist halt deine Lesensweise.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Da steht ja wirklich nicht mehr drinnen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Dann lest sie euch halt durch.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das haben wir ja.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Du hast sie ja selbst nicht gelesen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich kann euch ja nicht vorschreiben, wo ihr zum Lesen anfangen und aufhören müsst. Aber zu behaupten, dass für Steyr nur eine Vorwarnung geplant ist, das ist ja doch wirklich. Ich meine, auch wenn das da drinnen steht, für uns ist wesentlich, für die Politik und die Bevölkerung der Stadt Steyr, dass, der Herr Bürgermeister hat es auch schon erwähnt und der Kollege von der ÖVP, ...

Zwischenruf: Mayrhofer bitte schön!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na gut, dann sind wir halt keine Kollegen mehr, ... dass es ja eh einen fixen Zeitplan für alles gibt. Ein Hudriwudri wollen wir schon gar nicht. Also wenn, dann sollen sich die Fachleute darüber stürzen und bitte schön nicht die Ruderer oder sonst irgendwelche Nichtfachleute. Die sollen sich das ausmachen, was sinnvoll ist. Wir können eh darüber diskutieren ob uns das gefällt oder nicht. Ich glaube, jetzt so am Tisch zu hauen weil, ich weiß es nicht, in 14 Tagen Wahlen sind und sagen, es geschieht nichts in Steyr, oder was weiß ich, Anschober oder die Broschüre ist so hässlich oder es steht zu wenig drinnen, das macht keinen Sinn. Es macht wirklich keinen Sinn, auch wenn du so verbittert schaust, es ist sinnlos.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Sie ist eh nett geschrieben, aber drinnen steht nichts.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was das Bootshaus anbelangt, das ist natürlich ein Problem. Das Bootshaus hat es 2002 ziemlich arg mitgenommen, also das war fast einsturzgefährdet und seit dem ist es eigentlich eine Dauerbaustelle. Wie du weißt, oder wie alle jene wissen die selber in Sportvereine sind, wenn du ständig eine Dauerbaustelle hast, ist es sehr, sehr schwer einen Vereinsbetrieb aufrecht zu erhalten. Noch dazu ist dazugekommen, dass es trotz Neubau von verschiedenen Teilen auch zu Baumängeln gekommen ist. D. h., da war ein frischer Estrich drinnen, da hat es dann trotzdem das Wasser hereingedrückt. Eines Tages haben wir erkannt, dass uns einer einen Schot gestohlen hat. Ich meine, Wasser hat einen kleinen Kopf muss man ganz ehrlich sagen. Du wirst so ein Gebäude, vor allen Dingen so ein großes Gebäude, mit so viel Stellen wo das Wasser hineindringen kann, sowieso nicht dicht bekommen. Was den Vorfall anbelangt wie das letzte Hochwasser da war, das ist natürlich bedauerlich, aber das kann passieren und es ist hunderten Steyrern und Steyrerinnen passiert, dass sie nicht rechtzeitig darauf reagieren konnten, vor allen Dingen wenn der Alarm um 4 Uhr in der Früh war. Das muss man ja auch dazu sagen, dass das dann nicht so einfach ist, vor allen Dingen weil die Polizei nicht mehr telefonisch alarmiert. Wie ich noch Sektionsleiter war, haben sie mich angerufen, ganz egal wann, um 2 oder um 4 Uhr in der Früh, dann habe ich meine Leute zusammengetrommelt und dann haben wir abgedichtet. Oder überhaupt, wir haben gar nicht abgedichtet, wir haben die Boote hinaufgetan. Das war eh oft das Gescheiterte, weil da ist es durchgeronnen und wenn das Wasser weg war ist der Schlamm gewesen und wir haben es alle ausgeputzt. So, das zum Thema Bootshaus.

Wenn dir die Broschüre nicht gefällt, tut es mir Leid. Ich werde mich bemühen, ich werde sagen, dem Hans gefällt sie nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bürgerforum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Die Anfrage zu Beginn der Sitzung hat im Prinzip ja gezeigt, was das Paddlerhaus anbelangt, dass es das Problem der Alarmierung gibt. Es ist auch kurz zuvor angesprochen worden, die Polizei macht das nicht mehr. Ich denke, man sollte nicht aufgeben, Herr Bürgermeister, Alternativen zu finden wie man die Betroffenen wirklich warnen kann, weil das entwickelt sich immer mehr zum Problem. Was ist, wenn jemanden der zum Zeitpunkt der Hochwasseralarmierung nicht in Steyr ist, weil er woanders wohnhaft ist, weil er auf Urlaub ist, wie auch immer.

Der zweite Punkt, das ist auch kurz angesprochen worden, dieser Antrag, den ich gemeinsam mit dem Kollegen Hack das letzte Mal eingebracht habe, wo es im Prinzip nur darum gegangen ist, dass man die Hochwasserförderung von bisher 10.000 Schilling, die ja noch immer mit 10.000 Schilling sogar im Internet drinnen ist, auf nicht 700 Euro, was es umgerechnet wäre, sondern halt zumindest auf 1.000 Euro erhöht. Es hat in der letzten Sitzung geheißen, das ist zu unausgegoren irgendwo, das können wir so schnell nicht beschließen und da müssen wir noch einmal darüber nachdenken. Meine Frage ist: „Hat man inzwischen darüber nachgedacht und es zumindest geschafft, einen Entwurf für diese neue Verordnung zu machen?“ Weil immerhin hätte man jetzt schon wieder den ganzen Juli, den ganzen August, einen Teil vom September, also 2 ½ Monate gut Zeit gehabt, diesen Entwurf zu machen. Wann werden wir jetzt endlich wirklich diese Erhöhung der Hochwasserförderung beschließen?

Der 3. Punkt ist, den ich einfach immer wieder bemerke als Stadtplatzbewohner, das ist die Sache, die sehr unangenehm ist, mit den Strafen, nämlich wenn Hochwasseralarm ist und dann wer sein Auto vom Ennskai wegführt, dann stellt er sich natürlich dort hin wo Platz ist und dann ist auf der Promenade mitunter kein Platz, weil eben alle Autos wegfahren müssen und dann werden die Personen auch noch gestraft. Das denke ich mir, das kann doch nicht sein, dass sie doppelt gestraft sind, durch das Hochwasser einerseits und andererseits auch noch, dass sie einen Strafzettel haben. Das passiert sehr, sehr häufig. Da bitte ich auch den Herrn Bürgermeister initiativ zu werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Ja, vielleicht noch eine Antwort zum Thema Strafen. Ich habe mich selbstverständlich darum gekümmert, weil bei mir auch eine Anfrage zu diesem Thema gekommen ist. Das ist selbstverständlich so, wenn der sich irgendwo hinstellt wo er auch eine Gefahr darstellt oder irgendeine Einfahrt verstellt und die Bürger dadurch zu Schaden kommen könnten oder eine Feuerwehr nicht zufahren kann, na selbstverständlich muss die Polizei reagieren. In anderen Fällen wird nicht gestraft, das kann ich ganz eindeutig ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das stimmt nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

100%ig stimmt das so.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das stimmt nachweislich nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, dann bring mir die Beispiele.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, gerne.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, das war zu dem Thema „Aktuelle Stunde“.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, ich hätte gerne die Frage beantwortet, gibt es einen Entwurf ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, gibt es noch nicht. Wir haben aber einen Hochwasserbeirat, wo diese Themen alle diskutiert werden und wir werden es dort auch diskutieren und wir werden es auch im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss diskutieren. Wir werden auch auf den Vorschlag vom Herrn Mayrhofer eingehen, diese Rückschlagklappen, die sind ja letztes Wochenende am Stadtplatz noch einmal beim sogenannten Safetyday präsentiert worden. Da hat man ganz genau anschauen können, wie so etwas funktioniert. Ich sage auch, für die Hausbesitzer wäre das, aus meiner Sicht, eine Selbstverständlichkeit, dass man so etwas macht. In erster Linie sind natürlich die Hausbesitzer gefordert das zu kaufen. Wir werden auch in den entsprechenden Gremien darüber beraten ob wir zu diesem Thema auch etwas dazu zahlen. Ausreichend beantwortet?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Teils. Nur soll es dann zumindest in der nächsten Finanz-, Rechts- und Wirtschafts- ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das schauen wir uns an.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schauen ist ein bisschen zu wenig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, ich komme jetzt zu Punkt 7), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates und zu Punkt 8), Verhandlungsgegenstände. Ich bitte dazu die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um eine BMW-Förderung und zwar, Förderung der 8. Ausbaustufe. Ich glaube, dass jedem in diesem Haus bekannt ist, dass es ja bereits 7 Ausbaustufen gegeben hat und dass Förderungen in Summe von 13,8 Mio. bereits beschlossen wurden und dass damit eine Investition in der Summe von 1,7 Mrd. Euro getätigt wurden. Im ersten Halbjahr 2005 teilte uns BMW-Motoren mit, dass eine 8. Ausbaustufe geplant ist und dass es hier wieder um Investitionen in der Höhe von fast 300 Mio. Euro geht. Wir haben, wie üblich, mit dem Land entsprechende Verhandlungen geführt, wobei, jetzt sage ich einmal, Verhandlungen führen in diesem Zusammenhang ja eh weit übertrieben ist, sondern diese Verhandlungen werden ja zwischen EU, Bund, Land geführt und die Stadt Steyr hat in der Vergangenheit immer einen Anteil von 7 % zu berappen gehabt, das sind in Summe 1.537.900 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag in dieser Form zuzustimmen. Ich glaube, dass BMW eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Investition in Steyr in den letzten Jahrzehnten war und ich glaube es kann sich ein jeder ausmalen, was wäre, wenn wir diese Firma hier in Steyr nicht hätten. Wir bekommen auch auf dem Umweg viele, viele Steuergelder

wieder zurück in die Stadtkasse. Ich bitte auch deshalb diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

1) Fin-171/05 BMW-Motoren-GmbH., Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr; Förderung der 8. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 19. September 2006 wird der BMW-Motoren GmbH. Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr, zur Realisierung der 8. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes Steyr mit Gesamtkosten in der Höhe von Euro 294,74 Mio. eine Förderung in der Höhe von Euro 1.537.900,00 durch die Stadt Steyr gewährt und dem Abschluss einer entsprechenden Förderungsvereinbarung zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Brauchen wir nicht mehr, ist eh schon erledigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Eichhübl wollen Sie etwas dazu sagen?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, ich wollte damit nur sagen, es ist eh schon erledigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht sonst noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 2), Produktionsschule Steyr; Zuweisung der Sonderfinanzierung. Hier geht es eigentlich nur um eine Weiterleitung von Mitteln, die wir vom Land OÖ bekommen haben. Und zwar sind es Bedarfszuweisungsmittel in der Höhe von 218.800,-- Euro und Sozialhilfemittel des Landes OÖ in der Höhe von 110.000,-- Euro. Ich bitte um Weiterleitung dieses Gesamtbetrages an die Produktionsschule.

2) Fin-215/06 Produktionsschule Steyr; Zuweisung der Sonderfinanzierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 10. 08. 2006 wird dem BFI OÖ eine Subvention in Höhe von Euro 328.800,00 genehmigt.

Zur Zahlung werden bei der VA-Stelle 5/228000/777000 (Kapitaltransferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszwecke) Mittel in Höhe von Euro 328.800,00 (dreihundertachtundzwanzigtausendachthundert) freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von Euro 328.800,00 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch die erfolgte Bedarfszuweisung des Landes Oberösterreich vom 25. 08. 2003 sowie die einmalige Beihilfe der Sozialabteilung des Landes OÖ vom 11. 10. 2004 zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächste Berichterstatterin die Frau Vizebürgermeisterin um

ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste und Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Roten Kreuzes für das Jahr 2006.

3) K-63/06 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 25. Juli 2006 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in Bronze – für 15-jährige Mitarbeit
Gottfried Haider
Mag. Stephan Keiler

Rettungsverdienstmedaille in Silber – für 20-jährige Mitarbeit
Rudolf Reschnauer
Rudolf Linberger
Dr. Michaela Köhler
Martin Hornhuber

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Danke, einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Punkt ist eigentlich der Grundsatzbeschluss und es ist sehr erfreulich, dass wir jetzt so weit sind, die Errichtung von Alten- und Pflegeheimen in den Stadtteilen Ennsleite und Tabor. Der Antrag lautet:

4) BauH-228/06 Errichtung von Alten- und Pflegeheimen in den Stadtteilen Ennsleite und Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr errichtet mit der GWG der Stadt ein Alten- und Pflegeheim mit der Kapazität von 120 Betten auf den Grundflächen 234/1 und 234/2, KG Steyr, im Stadtteil Ennsleite. Nach Fertigstellung werden 120 Bewohner des Alten- und Pflegeheimes Tabor in das neu errichtete Alten- und Pflegeheim Ennsleite übersiedelt. Anschließend wird anstatt des bisher bestehenden Alten- und Pflegeheimes Tabor auf den Grundflächen 1124/21 und 1358/1, KG Steyr, ebenfalls in Zusammenarbeit mit der GWG der Stadt Steyr, ein neues Alten- und Pflegeheim mit einer Kapazität von 120 Heimbetten errichtet. Weiters sind in jeden der beiden neuen Alten- und Pflegeheime 10 Kurzzeitpflegebetten und Einrichtungen für die mobile Seniorenbetreuung vorzusehen.

Als Grundlage ist der Amtsbericht der Fachabteilung für Allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 19. September 2006 heranzuziehen.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Wir werden vonseiten der Freiheitlichen

GR-Fraktion, das darf ich gleich vorausschicken, diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben, weil, und das hat ja die Frau Vizebürgermeisterin bereits ausgeführt, zum einen man beabsichtigt ein zusätzliches, neues Alten- und Pflegeheim zu errichten und andererseits ein bestehendes Pflegeheim am Tabor entsprechend zu erneuern, weil wir glauben, dass es höchst an der Zeit ist in diesem Bereiche wieder tätig zu werden. Warum sage ich das? Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja zweifellos kein Ruhmesblatt im Buch der Geschichte der immer so gelobten Sozialstadt Steyr wenn man weiß, dass es seit beinahe 15 Jahren eine Verordnung des Landes OÖ gibt, die die Unterbringung unserer älteren Mitbürger, die dort ihren Lebensabend verbringen sollen, in baulicher und räumlicher Hinsicht unter anderem genau regelt und definiert und man auch weiß, dass diese Voraussetzungen am Tabor nicht erfüllt werden. Das hat allerdings, und das betone ich auch, das hat die Frau Vizebürgermeisterin bei anderer Gelegenheit auch bekannt gegeben, nichts damit zu tun, dass dort die Leute schlecht gepflegt werden. Das muss man auch sehr deutlich sagen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Erneuerungen kommen, dann wird das zweifellos nicht nur ein Vorteil für die Heimbewohner, sondern auch für das Betreuungspersonal bedeuten was den verbesserten Betriebsablauf betrifft. Aber man darf sich ja daher nicht wundern, wenn die Stadt Steyr in dieser Hinsicht mehr als ein Jahrzehnt nichts getan hat, dass sogar der eigenen Landesreferent der SPÖ, wie ich aus der Presse entnehmen konnte, ein bisschen sauer auf die Stadt ist und einen gewissen Druck auch ausgeübt hat.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist so in der Zeitung gestanden. Na ja, erfreut wird er sicherlich nicht sein Herr Kollege Hackl, wenn man jetzt sieht, dass es zum dritten Mal erforderlich ist, eine Ausnahmegenehmigung zur Erweiterung zur Fortführung dieses Betriebes am Tabor, da wird sicherlich der Referent nicht erfreut sein. Aber sei's wie's sei, ich kann nur hoffen, dass dieser Grundsatzbeschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn es handelt sich heute um einen Grundsatzbeschluss, das muss man auch sehr deutlich sagen, es ist nicht definiert der Zeitablauf, die Kosten udgl. Ich kann also nur hoffen, dass im Interesse der älteren Mitbürger so rasch als möglich mit den geplanten Umbauten begonnen wird. Was die Anzahl der Betten betrifft bzw. den künftigen Bedarf, da habe ich sehr starke Zweifel. Da hat im Übrigen der Kollege Lengauer auch darauf hingewiesen, ob man in Zukunft das Auslangen finden wird, wenn man bedenkt, dass ja jetzt bereits, und das ja auch schon einige Zeit, ca. 150 bis 160 Personen auf der Warteliste stehen und eben bemüht sind dort in eines der Heime unterzukommen. Daher wird es erforderlich sein, sich weiterhin Gedanken zu machen, dass man die bestmögliche Versorgung für alle unsere älteren Mitbürger in Zukunft gewährleistet. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Meine geschätzten Damen und Herren, selbstverständlich werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Ich glaube es gibt keine Fraktion die diesem Antrag nicht die Zustimmung geben wird, weil es eine Notwendigkeit ist. Michael Ende hat einmal ein Buch geschrieben, „Die unendliche Geschichte“. Ich glaube, der war einmal bei uns in Steyr, weil darum hat er diese Umstände so schön beschrieben. Seit wie vielen Jahren reden wir von einem zusätzlichen Alten- und Pflegeheim? Allerdings immer von einem zusätzlichen Alten- und Pflegeheim. Jetzt gehen wir in eine Planung von zwei Alten- und Pflegeheimen, die nichts anderes sind als der Ersatz eines derzeit bestehenden. Der Vzbgm. Bremm wirft mir über die Medien vor, dass ich vollkommen uninformiert bin wenn ich ein zusätzliches Pflegeheim fordere. Wir haben derzeit 120 Betten im APM, voll ausgelastet, wir haben derzeit 240 ungefähr, 234 plus 6 Kurzzeitpflegebetten im APT, das sind gemeinsam 360 Betten. Wenn in ungefähr 5 Jahren, wenn alles gut geht, sind wir in 5 Jahren soweit, dass wir die Bauten Ennsleite und Tabor abgeschlossen haben, dann haben wir in 5 Jahren 360 Betten. Null zusätzliche Betten. Wir haben derzeit bereits auf der Warteliste ungefähr 160 Personen. Heutige Nachfrage im APM ungefähr 90 und im APT ungefähr 60 bis 70, in den Pflegestufen von 3 aufwärts. Pflegestufe 3 und vor allem 4 ist absolut hilfsbedürftig, pflegebedürftig, die können sich alleine nicht mehr pflegen. D. h., es warten 160 Leute derzeit auf einem Platz in einem Alten- und Pflegeheim. Was können wir derzeit machen, wenn jemand in der Situation ist, dass ein Angehöriger etwas braucht, einen Pflegeplatz braucht, ein Bett in einem Alten- und Pflegeheim? Wir können nur eines machen, wir können nach Steyr-Land pilgern und sagen, bitte schön habt ihr in Bad Hall, in Sierning, in Garsten irgendein Bett frei. Dieselbe Situation machen wir jetzt fünf Jahre weiter. Nicht nur das, ganz offen, so hilfsbereit die zuständigen Verantwortlichen sind, sie sagen in aller Deutlichkeit es muss zuerst wer

sterben, damit wir Platz haben, damit jemand hineinkommt. In diesen fünf Jahren, wo dieser Umbau stattfinden soll, wird sich die Anzahl der über 80jährigen verdoppeln. Wir haben das selbstverständlich auch in Steyr. In 70 % aller Fälle, die gepflegt werden, wird das derzeit noch im Haus gemacht, d. h., im Familienbereich. Jetzt kommt eine ganz neue Generation heran, die nächste Generation, wo beide berufstätig sind, wo also nicht ein Partner die Möglichkeit hat, weil er im Haushalt tätig ist, dass er dann noch einen Elternteil pflegt. Es kommen Singlehaushalte auf uns zu. Hier nur zu vertrauen auf die Aussage einer Abteilung in Linz die sagt, ihr in Steyr stagniert mit der Bevölkerungszahl eh, und darum brauchen wir das nicht, da erinnere ich schon sehr bitte schön auf die Schätzungen die wir gehabt haben bei der Nordspange, wie es geheißen hat, pro Tag fahren dort maximal 7.000 Fahrzeuge darüber. Wie viele haben wir denn heute, drei Jahre später? Wir haben dort 12.000, fast 13.000 Fahrzeuge. Genauso eine ähnliche Fehleinschätzung ist es, wenn wir glauben, dass wir in Zukunft nicht einmal den Bedarf haben, den wir heute haben. Was machen wir denn mit den Leuten? Es ist sehr einfach jetzt zu sagen, das geht uns nichts an. Aber bitte schön schaut einmal den Angehörigen ins Auge wenn die da sitzen und sagen, ich brauche jemanden, wir können es nicht mehr zu Hause machen, es ist nicht mehr möglich. Dann sitzen wir da und sagen, ja, müssen Sie warten, bis jemand stirbt. Ich möchte diese Verantwortung nicht übernehmen. Darum sage ich rechtzeitig, wir werden mehr brauchen, wir werden ein zusätzliches Pflegeheim brauchen. Wenn der Kollege Bremm der Meinung ist, dass ich da vollkommen uninformiert bin, gerne, wenn er wirklich das meint und so eine Realitätsverweigerung hat, dann soll er weiterhin in dem Glauben bleiben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehren Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zum Thema Verordnung des Landes, dass doch eine gewisse Zeit jetzt verstrichen ist und es so dargestellt wird, dass nichts geschehen ist. Ich glaube, das liegt in der Sache, dass Verordnungen zu einem Stichtag X rechtswirksam werden und dass es dann kürzere, längere oder lange Übergangsfristen gibt. Hier mit den Verordnungen des Landes ist es natürlich selbstverständlich, und alle Verantwortlichen des Landes waren sich bewusst, dass man nicht innerhalb 2, 3, 5 Jahre die Verordnung umsetzen kann, sondern dass das einer langfristigen Umsetzung bedarf, weil nämlich die Verordnung schon ganz gravierend gewesen ist von der ursprünglichen Struktur der Pflegeheime wo halt 4, 5, 6 Leute in einem Zimmer waren und die Verordnung „neu“ jetzt sagt, 90 % müssen Einbettzimmer mit Nasszellen sein und der restliche Prozentsatz kann 2-Bettzimmer mit Nasszellen sein. Das war allen bewusst, dass die bestehenden Heime gar nicht mehr adaptierbar sind für diese Verordnung, dass es in die Richtung Neuerrichtung von Heimen geht. Das ist allen klar gewesen und das war uns auch in der Stadt Steyr klar, dass wir unsere Pflegeheime Tabor, die mittlerweile in die Jahre gekommen sind, eines ein wenig länger und das andere noch nicht so lange, dass wir mit diesen Häusern die Verordnung des Landes nicht umsetzen können, sondern dass wir in Richtung Neubauten der Pflegeheime gehen müssen. Wir haben da auch schon einen Schritt gemacht, dass wir Weihnachten 2003, das Pflegeheim Münchenholz ihrer Bestimmung übergeben haben. Wir haben dort ein neues Haus und wir sind heute auch dabei einen Grundsatzbeschluss zu fassen, mit der Absicht, dass wir doch raschest auch in Richtung Neuerrichtung der anderen drei Pflegeheime gehen. Es soll auf der Ennsleite ein 120-Betten-Haus neu errichtet werden und dann soll ein Haus am Tabor abgerissen werden und dort ein drittes neues Haus errichtet werden und dann der restliche Teil am Tabor, also der Altbereich, weggerissen werden, sodass wir dann drei neue Häuser in den nächsten Jahren zur Verfügung haben.

Man muss aber in dem Bereich das noch umfassender betrachten. Wenn man jetzt sagt, und die Debatte ist ja nicht nur in Steyr entbrannt, sie ist ja jetzt im Wahlkampf österreichweit entbrannt. Vielleicht, lieber Gunter Mayrhofer, wenn du da ein bisschen empfindlich bist, das macht nichts, du bist jung, du hältst das noch aus, vielleicht kannst du um die Antwort bei deinem Kollegen Schüssel fragen, was er meint dazu. So fast wie immer, nichts, eine Zeit lang und dann vielleicht irgendetwas. Dieses Thema Pflege in Österreich ist einfach umfassend zu betrachten. Das kann man nicht nur einschränken und beschränken auf die Pflegeheime. Da muss man schon sagen, dass man aus der Sicht der Stadt Steyr schon Etliches gemacht hat. Und zwar sind hier in die Betreuung auch die mobilen Hilfsdienste mitzubetrachten. Es muss uns klar sein, und das ist auch allen in dem Bereich die da tätig sind bewusst, dass die letzte Station für die zu pflegenden Menschen das Pflegeheim ist. Da will in Wirklichkeit keiner hin, aber natürlich, wenn man es braucht ist man froh dass man es hat.

So in die Richtung muss es gehen. Da haben wir schon einen wesentlichen Schritt, dass wir in allen Stadtteilen Pflegehilfssdienste haben, im Münchenholz, am Tabor und auf der Ennsleite, und die schon im Vorfeld eine dementsprechende Arbeit leisten und vielen Steyrerinnen und Steyrern den Schritt in ein Pflegeheim verzögern oder überhaupt vielleicht ersparen. Also, da sind wir tätig. Es wird in diese Richtung, und das ist zu dem was du sagst, Kollege Mayrhofer, von der Anzahl, wenn wir jetzt darüber reden, wir haben 160 Personen auf der Warteliste und wir werden ein viertes Pflegeheim brauchen, hier bist du nicht ganz aktuell mit deinen Informationen. Da gibt es vom Land her andere Informationen. Es gibt Untersuchungen dazu und Steyr ist, leider Gottes muss man dazu sagen, eine Stadt, die im Zuwachs, also dass Steyr von der Bevölkerung her abnehmen wird und nicht zunehmen wird. Die Bevölkerung wird natürlich älter aber die Zunahme wird nicht in dem Ausmaß sein, wie das in anderen Regionen, in anderen Städten der Fall ist. Es werden in der nächsten Zeit auch die neuen Zahlen kommen, was erhoben wird, was der Bedarf an Pflegebetten in den einzelnen Regionen sein wird. Da wird Steyr nicht so wachsen und nicht so den Bedarf haben wie das in anderen Städten und anderen Regionen der Fall ist. Es werden aber auch noch im Pflegebereich Überlegungen gemacht, da gibt es Untersuchungen dazu, dass zwischen den jetzigen Angeboten, dass zusätzlich noch etwas kommt um das zu verzögern und vielleicht manchen einen Pflegeplatz zu ersparen, dass zwischen betreubaren Wohnen, dass zwischen der Pflege Daheim, und Pflegeheim noch zusätzlich Pflegeeinrichtungen geschaffen werden in Gemeinschaftswohnungen ect. Da gibt es Untersuchungen dazu und das wird in der nächsten Zeit alles aktueller werden. Somit muss man das in der Gesamtheit betrachten.

Zu den 160, die anscheinend auf der Warteliste stehen, die Kollegin Mach wir dann eh noch was dazu sagen, das mit den Wartelisten ist so eine eigene Geschichte. Es hat sich das so aus der früheren Zeit, wo im Wohnungsbereich eine große Nachfrage gewesen ist, so entwickelt, dass, jetzt überzeichne ich das ein bisschen, die Eltern für ihre Kinder schon ein Wohnungsansuchen gemacht haben wie sie noch in die Schule gegangen sind, dass sie nämlich dann, wenn sie 20 Jahre alt waren, gesagt haben ich habe eh schon 10 Jahre ein Wohnungsansuchen liegen und jetzt muss ich eine Wohnung bekommen. Aus der Zeit stammen solche Entwicklungen. Das haben wir in allen Wohnungsgenossenschaften erlebt. Das ist natürlich auch im Pflegebereich der Fall, ich melde lieber meine Eltern schon im Pflegeheim an, oder ich melde mich lieber selbst schon bald genug an, weil wenn ich es dann brauche, dass ich sofort einen Platz bekomme. Diese Methode, diese Form funktioniert sowieso nicht, weil wir werden gerade in einem Bereich, das ja äußerst teuer ist, wird es da nicht eine Menge Ersatzbetten geben. Das wird niemand machen können und das macht kein Pflegeheim und das wird sich auch niemand leisten können. Wir haben aber in diesem Bereich auch wieder eine Erfahrung gemacht, beim betreubaren Wohnen. Ich habe selbst, weil wir im Münchenholz in wenigen Wochen das betreubare Wohnen ihrer Bestimmung übergeben werden, es werden die Wohnungen zugewiesen werden, ...

Zwischenruf: Wann?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächste Woche am Donnerstag.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geht sich das noch aus vor der Wahl?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wie wir mit dem angefangen haben, lieber Roman Eichhübl, mit dem Bau für das betreubare Wohnen, war überhaupt noch nicht absehbar wann der Wahltermin für 2006 ist, weil zu der damaligen Zeit war sowieso alles in Bewegung. Da hat man nicht einmal gewusst, ob die Periode fertig gemacht wird, weil alles so unsicher gewesen ist. Also, es ist kein Termin, der da hingetrimmt ist, sondern wenn es fertig ist, sollen die Leute dort ihre Wohnungen bekommen und das ist halt jetzt der Fall.

Aber zurück, was wir dort für eine Erfahrung gemacht haben. Mir hat fast gegraut davor, wie viele Ansuchen bei dem betreubaren Wohnen dagelegen sind. Jetzt haben wir dort 36 Wohnungen die zu übergeben sind und es waren 150 oder 160 Bewerbungen da. Ich habe mir gedacht, das wird eine Katastrophe werden. So ein hoher Bedarf, damals, und wir haben nur 36 Wohnungen. Siehe da, wie es jetzt aktuell geworden ist, wie die Bedingungen gestanden sind, wie untersucht worden ist, wie die Richtlinien bekannt gewesen sind und die Richtlinien überprüft worden sind, sieht man, dass von den damaligen Bewerbern gerade noch so viele übrig geblieben sind, dass das Haus voll wird. Also, es

schaut dann in der Realität immer ganz anders aus und da glaube ich auch, wenn so der Eindruck bei dem Pflegeheim entsteht, dass da so viele auf der Warteliste sind, das hat andere Gründe, das ist ein Sicherheitsdenken. Also, aus dem Grunde glaube ich, dass man das nicht überbewerten darf. Wir sind da gut unterwegs, dass wir heute einen doch wesentlichen Startschuss machen, dass wir die beiden Häuser neu errichten und dann eine wirklich hohe, qualitätsvolle Betreuung im Alten und Pflegebereich vorhaben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächste Rednerin ist die Frau Fanta. Bitte schön.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Werte Anwesende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte sozusagen da jetzt nicht inhaltlich um die Sinnhaftigkeit des Pflegeheims diskutieren, weil ich denke mir, das ist unbestritten, das ist eine klare Gegebenheit. Ich möchte Ihnen nur ein paar Beobachtungen meinerseits mitgeben, wo ich mir denke, dass es nicht ganz so läuft wie es laufen könnte oder sollte. Ich bin im Sozialausschuss und im Ausschuss für das APM und das APT, und die Diskussion zu diesem Neubau oder grundsätzlich zu diesem Konzept ist in keinem der beiden Ausschüsse jemals irgendwie zur Sprache gekommen. Es hat im Juli relativ husch-pfusch eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu diesem Thema gegeben, wo sozusagen das zum ersten Mal in dieser Dringlichkeit auf das Tablett gebracht wurde, wo das vorgestellt wurde. Es war eigentlich, so wie ich es wahrgenommen habe, ich habe dort meinen Kollegen vertreten, eine gegebene Sache. So wie es jetzt in dem Antrag steht, so war das sozusagen schon fix und fertig beschlossen. Also, es hat in keinem Ausschuss eine Diskussion darüber gegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im Planungsausschuss.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Im Planungsausschuss? Aha. Ich würde mir wünschen, was das betrifft, einfach mehr Einbezugnahme der anderen Fraktionen. Ich denke mir, das ist ein riesiger Budgetposten der auf die Stadt zukommt. Ich hätte gerne gewusst, Budget 2007 bzw. die ungefähren Kosten. Es steht Normkostenorientiert, diese Ausgaben sollten so sein. Ich hätte gerne gewusst, ungefähr, in welcher Größenordnung sich das bewegt und inwieweit sozusagen die Kostenbeschaffung stattfinden wird, weil soviel ich weiß wird das Budget 2007 kein leichtes Budget werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Die Ute Fanta hat es schon angesprochen, es war kein Thema. Nämlich kein Thema in den letzten Ausschüssen, sondern jahrelang kein Thema im Alten- und Pflegeausschuss bzw. im APM-Ausschuss. Ich kann mich erinnern, ich habe bei jeder Gelegenheit, nachdem der Beschluss gefallen ist zum APM, das eingebracht, jetzt müssten wir uns eigentlich überlegen, wie geht es mit dem APT weiter, wenn das APM fertig ist. Ich kann mich noch gut an die Worte der Frau Vizebürgermeisterin erinnern die gemeint hat, das hat uns jetzt noch nicht zu interessieren, das werden wir dann schon sehen, so ungefähr inhaltlich gesehen. Dann ist das APM immer näher und näher gerückt, auch eröffnet worden und spätestens dann hätte man dieses Thema andiskutieren müssen. Es war aber wirklich nie ein Thema im Ausschuss, weil das hat man immer wieder vertagt, immer wieder verschoben. Immer wenn ich das eingebracht habe, auch im Zusammenhang damit, dass man nicht nur darüber reden muss wie man das APT saniert, sondern auch welche Heime wird man in Zukunft noch brauchen. Braucht man z. B. in einem anderen Stadtteil wie der Ennsleite ein Heim oder vielleicht in weiteren Stadtteilen? Dann ist das immer wieder so vom Tisch gewischt worden, man hat nicht darüber gesprochen, das war kein Thema. Diese Diskussionsverweigerung im Endeffekt hat jetzt dazu geführt, dass man nicht nur dreimal diese Verlängerung bereits hat, sondern weitere fünf Jahre jetzt warten muss bis tatsächlich die Bewohner aus dem APT übersiedelt werden können in ein Heim, das dem neuesten Standard entspricht. Wobei ich eines betonen muss, die Qualität der Betreuung im APT halte ich für vorbildlich und wunderbar. Nur die räumlichen Gegebenheiten, da kann das Personal nichts daran ändern, sind einfach wirklich katastrophal. Ich habe die Rückmeldungen sehr oft von Personen, die jemanden im APT besuchen oder die schon lange nicht mehr im APT waren, und dann ganz verschreckt irgendwie zurückkommen, das ist ja ein Wahnsinn wenn man da reingeht wie alt und desolat, unter Anführungszeichen, das bereits ist. Aus der Sicht einfach jener, die sich

erwarten, dass das ein Heim ist wie das APM. Der Unterschied zwischen APM und APT ist einfach wirklich wie eine Schere, weit auseinandergehend.

Jetzt müssen wir also wieder fünf Jahre warten, und der Kollege Mayrhofer hat es angesprochen, ohne ein weiteres Bett mehr zu haben, sondern eigentlich auf diesem Stand zu bleiben, den wir haben.

Es ist ein paar Mal schon erwähnt worden, dass es ein Grundsatzbeschluss ist. Na selbstverständlich bin ich für einen Grundsatzbeschluss, er kommt eh viel zu spät, dass man ein Alten- und Pflegeheim auf der Ennsleite und dem Tabor errichtet. Womit ich allerdings ein bisschen ein Problem habe ist, wenn ich einen Grundsatzbeschluss habe der eigentlich schon ziemlich detailliert ist, nämlich die Grundstücke sind fixiert, es ist fixiert wer es errichten wird, nämlich die GWG und die wird auch die Bauführung machen, dann würde ich mir schon erwarten, dass es auch ein Finanzierungskonzept gibt, einen Zeitplan gibt usw. In dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die im Sommer stattgefunden hat, hat es überhaupt nichts in diese Richtung gegeben, sondern wir sind eigentlich nur informiert worden, dass man das jetzt machen will mit dem Altenheim auf der Ennsleite und am Tabor und das in dieser Kombination mit der Übersiedelung. Aber kein Finanzierungskonzept, kein Zeitplan, keine Folgekosten. Im Endeffekt ist man nach diesen 1 ½ Stunden rausgegangen und hat genauso viel gewusst wie vorher. Spätestens heute bei diesem Grundsatzbeschluss hätte ich mir schon erwartet, dass es ein detaillierteres Konzept gibt in Richtung Finanzierung und Zeitplan usw.

Ein weiterer Punkt, den ich noch einbringen möchte, der mir sehr wichtig ist, ist, dass wir hier jetzt einmal die Chance wieder haben und ich hoffe, dass diese Chance nicht wieder ungenützt verstreicht, nämlich, dass wir Alternativenergie einsetzen können. Wir haben ein neues Heim dann auf der Ennsleite, ein neues Heim am Tabor und es sollte selbstverständlich sein, dass die Stadt Steyr hier mit positivem Vorbild vorangeht und alle Möglichkeiten prüft, Alternativenergien zum Einsatz zu bringen, gerade in Zeiten wo die Energiekosten dermaßen steigen. Auch darüber haben wir natürlich überhaupt noch nicht diskutieren können, weil das anscheinend ja im Detail nicht so wirklich gewünscht ist. Deshalb noch die Frage: „Hat man das bis jetzt schon in Erwägung gezogen, Alternativenergien zu verwenden und bis wann wird es einmal wirklich ein Konzept geben, dass wir wissen, welche Kosten kommen auf die Stadt Steyr in den nächsten Jahren zu?“

Die Kollegin Fanta hat die Frage nach den Normkosten gestellt. Das ist auch ein Punkt, der mir ein bisschen am Herzen liegt, weil in diesem Beschluss jetzt drinnen steht, dass die Errichtungskosten für beide Alten- und Pflegeheime sich an den Normkosten zu orientieren haben. Wir wissen ja vom APM her, dass die Normkosten, das sind die Kosten von dem das Land OÖ ausgeht und dann die Förderungen macht, dass das nicht ausreicht um gewisse Bereiche abzudecken z. B. jetzt Infrastruktur zur Steigerung der Lebensqualität der Bewohner, an zusätzlichen Räumlichkeiten die über die Betten und die Einrichtung der Zimmer hinausgeht, da werden wir sehr schnell an den Grenzen sein. Heißt das dann, wenn diese Kosten vom Land nicht gefördert werden, dass wir dann etwas nicht machen, weil wir sagen das fördert das Land nicht und deshalb müssen wir halt leider verzichten etwas einzuplanen was aber für die Bewohner sehr wichtig wäre. Deshalb tu ich mir ein bisschen hart mit diesem Antrag hier. Wie gesagt, ein völliges klares, deutliches Ja zu einem Grundsatzbeschluss für ein neues Alten- und Pflegeheim auf der Ennsleite, und auch am Tabor, aber in der Form, wie der Antrag jetzt vorliegt, habe ich ein bisschen ein Problem und werde mich deshalb der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Vizebürgermeister, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. Ich weiß nicht, irgendwie sitze ich im falschen Zug. Wir diskutieren darüber, dass wir mehr Betten brauchen, wir diskutieren darüber, dass die einen der Meinung sind, wir brauchen mehr Betten, wir brauchen rasch schnellere Heime. Ich habe bis dato nichts gehört, bis dass der Grundsatzbeschluss jetzt am Tisch gelegen ist, dass vorher irgendwer die Meinung geäußert hätte darüber, bis zu dem Zeitpunkt wo es die Fraktionsvorsitzendenkonferenz gegeben hat, dann ist es plötzlich in die Öffentlichkeit gegangen. Vorher hat vielleicht intern der eine oder andere etwas gesagt, das kann schon sein, aber bis dorthin war es nichts.

Zwischenruf: Na schon!

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Im Wahlprogramm können wir das schnell festschreiben und dann legen wir es auf die Seite. Das ist so. Faktum ist, dass man die Dinge verfolgen muss.

Die zweite Geschichte ist, dass man sagen muss, es hat ja eine Studie der LAWOG gegeben, weil

ursprünglich war ja geplant dieses APT zu sanieren. Die haben dann festgestellt, dass das nicht geht aufgrund der räumlichen Situationen, aufgrund der baulichen Situationen und dass die Kosten dort wahrscheinlich für eine Sanierung ins Unermessliche gegangen wären, dass ein neues Haus besser ist. Aber um was wir jetzt diskutieren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da frage ich mich schon. Jetzt bauen wir gemäß diesem Grundsatzbeschluss zwei neue Häuser, damit einmal zwei neue Häuser da stehen, damit wir überhaupt das erreicht habe. Wenn wir jetzt hingeschrieben hätten wir bauen 3 oder 4 neue Häuser, hätte jeder gesagt, wie finanzieren wir das. Jetzt sagt ihr das schon bei den zwei Häusern. Jetzt überlege ich mir einmal, ob wir nicht schön langsam einmal darangehen sollten nicht nur darüber zu diskutieren ob wir ein oder zwei Betten mehr brauchen, oder vielleicht auch 50, das wird uns alles die Zeit zeigen. Jetzt wäre es wichtig, dass wir die Schaufel in die Hand nehmen. Glück auf.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube eines muss man schon jetzt noch einmal richtig stellen. Wenn von den 160, die angemeldet sind, nach Aussage der Heimleiterin vom APM, 40 dringend einen Platz brauchen, wo sich also nicht mehr die Frage stellt können die noch oder nicht sondern die brauchen einen. Der Herr Kollege Schodermayr wird bestätigen, wenn jemand eine Pflegestufe 4 hat dann geht es nicht mehr darum ob er einmal eine mobile Betreuung hat, er kann alleine nicht mehr wohnen, das ist nicht möglich. Die haben wir alle jetzt auf der Warteliste. Auch in fünf Jahren bitte schön haben wir kein einziges Bett mehr, wenn wir es jetzt nicht planen. Darum geht es. Wir haben ja eine Vorlaufzeit. Wir können nicht einfach warten, sondern wir müssen jetzt schon dafür planen. Ich verlasse mich da wirklich nicht bitte schön auf irgendeine Studie die da kommt, sondern hier müssen wir bedarfsorientiert reagieren. Wir haben den Bedarf und wir haben die Verantwortung dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, Sie haben jetzt gerade gesagt wir haben die Verantwortung und wir haben den Bedarf. Dass wir die Verantwortung haben, das wissen wir alle. Aber nur, wenn man die alten Leute so verunsichert wie Sie, dass man in die Zeitung groß reinschreibt „Land droht mit Sperre des Altenheimes Tabor“ und wenn man dann raufkommt ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Was?

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bitte, da steht es in der Rundschau und da sind Sie zitiert und da ist die Frau Frech zitiert.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das Land droht mit Schließung, das ist nicht von mir bitte schön.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich bin informiert worden. Die Zeitung kann bitte sehr ein jeder nachlesen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dann lesen Sie die Passage vor, wo ich das angeblich gesagt habe.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sie haben auch geschrieben, Sie möchten unter diesen Voraussetzungen in Steyr nicht alt werden. Ich muss sagen, es steht Ihnen frei, wo sie alt werden. Jedem steht es frei. Wir haben für die alten Leute sehr viel getan. Wir haben auch ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Bekomme ich jetzt die Ausweisung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie, ich weiß nicht wo Sie hin wollen. Herr Mayrhofer, vielleicht dort wo Sie Ihre Tätigkeit machen. Ich weiß nicht, ob es dort schöner ist, es steht jedem frei, wo er hin will. Ich muss das jetzt wirklich einmal sagen, weil eines ist wichtig. Jetzt ist ein Grundsatzbeschluss da, wo wir was machen und jetzt wird aufgezählt was schlecht ist, was nicht geht usw. Wir haben jetzt einmal vor auf der Ennsleite und am Tabor. Wie man sieht, ist ja der ganze Gemeinderat eh dafür. Dass es wichtig ist, dass wir es brauchen, ist ja nicht neu erfunden, das wissen wir ja auch alle. Dass jetzt die GWG das macht und dass wir dann mit der GWG einen Generalmietvertrag machen wo der Stadtsenat das beschließt und dass wir das dann im Aufsichtsrat der GWG behandeln, ist auch klar. Wir werden eines machen, wir werden über den laufenden Stand der Dinge im Ausschuss für Altenheime Bericht erstatten, dass wir wissen wie es weiter geht. Das ist selbstverständlich, dass wir das machen. Sobald wir das im Aufsichtsrat der GWG beschließen, und wir wissen was ein Normbett kostet 100.000 Euro rund 1,4 Millionen Schilling und wenn wir 120 Betten machen, dann wissen wir auch was die dann kosten. Wir wissen auch, dass wir keine Großküche brauchen, sondern dass wir das ja im Münichholz bereits vorgesehen haben, die Großküche, welche die anderen Heime mitbetreuen kann. Das ist ja bereits erledigt. Wir brauchen überall nur die Teeküchen und die haben wir im Münichholz auch. Im Münichholz wissen wir auch was der Gemeinderat an Fixsumme beschlossen hat, wie viel Millionen Schilling, und wir wissen auch, dass wir mit dem Geld ausgekommen sind. Wir brauchen auch nicht, wie die Frau Frech glaubt, dass wir das Pflegebett nicht kaufen können oder das oder das nicht, wir haben alles im Münichholz wie geplant auch ausgestattet. Es kann sich jeder überzeugen, dass das Heim wunderschön geworden ist. Ich glaube, es ist auch wichtig, wenn wir vom Land das vorgegeben bekommen, wenn wir vom Land die Unterstützung bekommen. Wir wissen was wir brauchen. Es funktioniert im Münichholz. Es sind die notwendigen Einrichtungen auch dabei. Das Modul schließt sich mit dem vierten Modul betreubaren Wohnen. Ich glaube, das ist in jedem Stadtteil dann wichtig, ob das die Ennsleite ist, ob das der Tabor ist und dann sieht man weiter. Wir haben aber auch ein Schreiben seitens des Landes bekommen, wo auch drinnen steht: „In der mobilen Versorgung liegt die Stadt Steyr im oberösterreichischen Spitzenfeld“. Meine Damen und Herren, das ersuche ich auch zur Kenntnis zu nehmen. Wir waren damals, 1996, wo der Bedarfs- und Entwicklungsplan erstellt worden ist, schon Spitzenreiter, fast die Einzigen, die den Bedarfs- und Entwicklungsplan erfüllt haben. Wir wissen, dass uns noch neun Heimhelferinnen abgehen, auch die werden im Budget Aufnahme finden.

Die Warteliste. Sehrwohl gibt es natürlich eine Warteliste, das ist ganz klar, aber 160 Personen gibt es nicht. Es gibt nicht 160 Personen. Wenn man jetzt schaut, die dringenden Fälle sind rund 50 Personen, die sind aber zum Teil im Münichholz und gleichzeitig am Tabor angemeldet. Man muss schon sagen, Aufnahme ist ab Pflegestufe 3. Es gibt wirklich viele Personen, die sagen, ich habe mich eh zur Sicherheit schon im Altersheim angemeldet, weil ich brauche kein betreubares Wohnen, ich habe mich gleich im Altersheim angemeldet. So geht es. Die Personen sind ja noch nicht pflegebedürftig. Darum gibt es ja das Gesetz, ab Pflegestufe 3. Ich glaube, das ist auch notwendig und da haben wir nicht 160 Personen. Ich ersuche wirklich einmal die Zahlen richtig zu stellen und nicht einfach im Raum 160 Personen reinzustellen. Da sind viele dabei, die haben die Pflegestufe 0. Da habe ich auch welche auf der Liste. Ich habe es ja genau aufgelistet was ich am Tabor habe. Ich kann gerne sage was ich an Anmeldungen habe, aber nicht die, was Sie Herr Mayrhofer ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Frau Mach, das sind die Zahlen von heute Vormittag. Sie waren bis jetzt auf Urlaub, vielleicht haben Sie noch nicht die richtigen Zahlen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, ich war nicht auf Urlaub, ich war auf Kur und ich habe heute Vormittag genauso telefoniert wie Sie und angeblich ist Ihnen mitgeteilt worden, laut Aussage der Heimleitung, 20 Anmeldungen ab Pflegestufe 3.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist mir gesagt worden. Ich kann es nur so sagen. Ich habe die Zahlen sogar schriftlich bekommen. Ich muss sagen, wir brauchen uns nichts vormachen, 160 Personen gibt es nicht. Dass ein Bedarf da ist, dass Leute dringend einen Platz brauchen, das gebe ich selbst zu und das wissen

wir alle. Dass wir aber keine Reservebetten haben können, weil wir uns das gar nicht leisten können, das ist in jedem Altersheim so. Das ist nicht nur in Steyr so, dass jemand verstirbt, dass ich wieder einen Platz frei habe. Das ist in ganz Österreich so.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir kommen aber mit dem jetzigen Bestand nicht aus. Das haben Sie jetzt selbst gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, wir haben eine gewisse Warteliste. Man muss aber auch erst sehen, wie viel wir dann brauchen, wenn wir die Heime fertig haben. Man darf eines nicht vergessen, wir haben dann ja noch einen Reservegrund am Tabor. Wir bauen jetzt einmal zwei Häuser. Sollte es notwendig sein noch ein Haus zu bauen, haben wir immer noch ein Grundstück wo wir es bauen können. Also, wir reden jetzt eigentlich um was, wo man später immer noch diskutieren kann. Ich glaube, das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Wir haben einen Reservegrund, weil es kommen zwei Bauten weg und eines wird gebaut. Also, man muss das herankommen lassen und dann wird man sehen und nicht jetzt im Vorhinein schon sagen, so wird es sein und wir machen nichts und wir tun nichts für die alten Leute, das stimmt nicht und das lasse ich auch nicht zu, dass das in Steyr gesagt wird. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte vielleicht noch dazu erwähnen, das ist heute noch nicht gefallen. Die Stadt Steyr hat ja ein umfassendes Angebot für die ältere Generation. Nicht nur Pflegeheime, nicht nur betreubares Wohnen ab nächster Woche, nicht nur Seniorenwohnhäuser, sondern wir haben auch beschlossen, dass wir 115 Lifte nachrüsten, was wiederum dazu beiträgt, dass die ältere Generation länger in den eigenen vier Wänden bleiben kann. Wir haben vor allem mobile Hilfsdienste. Jede Menge mobile Hilfsdienste, die wir auch noch verbessern können. Also, ein umfassendes Angebot und die Steyrer Politiker nehmen natürlich ihre Verantwortung zu diesem Thema auch entsprechend wahr. Das wollte ich noch einmal festhalten bevor wir zur Abstimmung kommen.

Wer für diesen Grundsatzbeschluss stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke der Berichterstatterin. Als nächsten Berichterstatter bitte ich Herrn Vzbgm. Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um die Adaptierung des Reithoffergebäudes. Es ist im Antrag erläutert. Es geht hier um Leistungen, Planung, Detailplanung, Techn. Büros im Ausmaß von 253.703,00 Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

5) BauH-12/99 Adaptierung Reithoffergebäude, Teil B, Einbau von Amtsräumlichkeiten im EG, 2. OG, 3. OG und Dachgeschoss.

Honorar Detailplanung Arch. Falkner

Honorar Planungsleistungen und Objektüberwachung - Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Sanitär- und Regelinstallation

Honorar Planungsleistung und Objektüberwachung - Elektroinstallation

Honorar Statikerleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes vom 22. August 2006 des GB III, FA Hochbau, wir die Vergabe und Mittelfreigabe der Honorarleistungen für die Adaptierung des Reithoffergebäudes Teil B – Amtsräumlichkeiten wie folgt zugestimmt:

A Arch. Falkner, Detailplanung exkl. MWSt. Euro 73.140,00

B Techn. Büro Scharoplan, Linz, Haustechnik exkl. MWSt. Euro 63.591,26

C Techn. Büro Hafergut, Dietach, E-Technik exkl. MWSt. Euro 27.688,32

D DI Fritsch, Statik exkl. MWSt. Euro 47.000,00

exkl. MWSt. Euro 211.419,58

20 % MWSt. 42.283,92

253.703,50

Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 253.703,50 sind im Voranschlag 2006 bei VSt. 5/029000/010100 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 253.700,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Die Vergabe der örtlichen Bauleitung für das Gesamtobjekt erfolgt nach Ausschreibung der Leistungen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Damen und Herren, geschätzte Presse. Im letzten Stadtentwicklungsausschuss hatte ich ein Erlebnis der besonderen Art.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mein Gott na, schon wieder ein Theater.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Das hängt mit Reithoffer zusammen. Da gab es einen Punkt „Allfälliges“ und es wollten der Herr Baudirektor Schönfelder und der DI Redtenbacher den Standpunkt der Planungsdinge, nachdem es ja angeblich zur Einreichung soweit ist, präsentieren. Sie haben sich gut vorbereitet gehabt, alle waren gespannt, auch einige Kollegen waren gespannt. Auf einmal ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da waren aber Sie der Einzige.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Na ja, wenn ich der Einzige bin, dann tut es mir recht Leid, weil dann zeigt es von dem Desinteresse das ihr an der ganzen Geschichte habt das darzustellen.
So, was war dann? Dann hat es ein Handzeichen gegeben vom Herrn Vzbgm. Bremm zum Herrn Arch. Redtenbacher, nix wird gesagt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ein Blödsinn.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Der Herr Bürgermeister Forstenlechner hat das aufgenommen und hat dann gesagt, die Sitzung ist beendet. Dann sind sie aufgestanden und gegangen. So war das. Das war wirklich eine Sitzung, muss ich sagen, der besonderen Art, weil so ein Umgang mit Kollegen oder mit Mitgliedern des Ausschusses ist mir vorher schon einmal passiert in der gleichen Sache mit dem Herrn Mag. Zineder, der auch schon gesagt hat, das geht Sie überhaupt nichts an. Also, es ist offensichtlich da eine Geschichte, die ganz bemerkenswert ist. Was ist eigentlich die Frage, dass sich die Herrn da wirklich fürchten vor einer Diskussion mit einem einfachen Gemeinderat? Ich habe dann den Schriftführer gebeten zumindest meinen Protest zu Protokoll zu nehmen, diese Vorgangsweise, dass ich damit nicht einverstanden bin, hat er gesagt, mei, da musst du mit dem Bürgermeister reden, weil ich kann das jetzt nicht mehr hineinschreiben, das geht mich jetzt nichts mehr an.
Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Also, meine Damen und Herren, seid mir nicht böse, das ist ja wirklich kein Zustand in diesem Ausschuss, wie da mit den Mitgliedern umgegangen wird. Hinausgerannt sind sie. Normalerweise dauert so eine Sitzung bis 16 Uhr und um halb 4 Uhr sind sie weg gewesen. Es war ganz genau das

Thema Reithoffer und offensichtlich ist euch das Thema Reithoffer so unangenehm. Ich nehme an, es gibt da Kostenexplosionen.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Die Stadtplatzgeschichte möchte ich hören.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Da kommen wir noch dazu, das ist keine Frage. Es gibt da offensichtlich Kostenexplosionen. Dass da ein zusätzliches Geschoss eingebaut werden muss, ich glaube, diese Notwendigkeit können sie wahrscheinlich nicht wirklich begründen, weil bis jetzt haben wir auch keine Erklärung bekommen was geschieht mit den freiwerdenden Räumlichkeiten hier im Rathaus. Es ist wirklich, ...

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Na, net schon wieder.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wieso schon wieder? Darüber haben wir eh noch nicht diskutiert.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Offensichtlich haben sie Angst vor einer Diskussion über diese ganze Geschichte. Wie soll denn das dargestellt werden? Wie werden denn dann die Parkplätze draußen überhaupt dargestellt, wenn auch einmal das ganze Gelände verbaut ist? Das wird extrem teuer und aufwendig. Es könnte möglicherweise nur mit Tiefgaragenplätzen gehen und das ist dann also eine sehr teure Variante. Anscheinend ist in diesem Saal auch der Denkmalschutz, entweder ist er hilflos, machtlos oder es ist ihm egal, dass da in das denkmalgeschützte Gebäude Dachflächenfenster eingebaut werden. Ich glaube, in der Stadt dürfte man das nirgends machen. Man darf nicht einmal Gaupen in bestehende Dächer einbauen. Da gibt es also alle möglichen Sanktionen würde man das machen. Es gibt jetzt einen anderen Fall, okay, der ist an der Stadteinfahrt, links wenn man fährt, da sind andere Gaupen jetzt genehmigt. Also, ich nehme an, dass die Kosten explodieren, dass dieser Tempel, Entschuldigung, ich sage das ist wirklich ein Amtstempel der dort draußen gebaut wird, eine Katastrophe ist.
Das muss ich natürlich schon auch noch sagen, für den Stadtplatz ist es eine Katastrophe, weil 100 Beamte, mit einer Frequenz von etwa über 2.000 Besuchern im Monat, wenn man die mutwillig von der Innenstadt abzieht, dann könnt ihr den Herrn Pech heimschicken und das ganze Stadtmarketing. Alle Bemühungen, die wir in der Innenstadt machen, jeden einzelnen Besucher hereinzubringen, da hauen wir 2.000, 3.000 Leute im Monat hinaus und es ist euch vollkommen egal. Ihr redet nicht einmal darüber. Ihr rennt vor jeder Diskussion davon. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, dieses Erlebnis der anderen Art, das der Kollege Hack da gehabt hat, habe ich schon ein paar Mal im Stadtentwicklungsausschuss gehabt, wo ich den Eindruck gewonnen habe, dass, wenn die Beamenschaft etwas berichten möchte man dann immer gleich auf die Uhr schaut und sagt, es ist eigentlich schon so spät und wir müssen aufhören und nur mehr ganz kurz. Eines muss ich sagen, das ist für mich schon eine bedenkliche Geschichte, dass man mit uns Mandataren mitunter nicht sehr, ja, wie soll ich sagen, nett und freundlich umgeht, na ja gut, das ist eine Sache der Politik, das hält man schon aus. Aber ich merke immer mehr, dass auch die Beamten in diesem Haus hier im Endeffekt nicht wirklich oft ernst genommen werden, weil ich denke mir, wenn sich heute jemand hinstellt von der Beamenschaft, ein Abteilungsleiter oder Geschäftsbereichsleiter, und den Ausschuss informieren möchte und dann eigentlich in diesem Fall anscheinend nicht einmal aufgrund der Zeitnot, weil wie mir gesagt worden ist hat dieser Ausschuss ohnedies nur ungefähr 1 ½ Stunden gedauert, dass man das dann abwürgt, finde ich ist ein Umgang den man nicht betreiben sollte. Aber man kann es ja wieder gut machen Herr Bürgermeister und Herr Vizebürgermeister. Sie können das anscheinend wieder gut machen dieses Erlebnis der anderen Art, das dem Herrn Hack passiert ist, weil der Herr Baudirektor ist ja anwesend, und ich denke mir man kann das jetzt korrigieren indem der Baudirektor uns über den Letztstand informiert. Wir beschließen heute immerhin eine gewisse Summe, die der Steuerzahler letztlich zu bezahlen hat. Wir haben hier eine öffentliche

Gemeinderatssitzung, alles im Bereich Reithoffer ist im Prinzip fixiert, da darf es eigentlich nichts Vertrauliches geben und ich denke mir, die Mandatäre dieser Stadt haben ein Recht auf Information, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben ein Recht auf Information. Ich fordere diese Information hiermit ein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Hackl bitte.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nach dieser Ausschussbeschwerdestunde wieder zum eigentlichen Thema zurückkehren, zum Reithoffergebäude.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das ist das Thema.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Ich möchte aber doch die Gelegenheit benützen, ein paar grundsätzliche Dinge auch zu sagen. Man braucht, und das ist ja allgemein bekannt, in der Politik viel Geduld. Zusätzlich gibt es aber in der Politik auch Kolleginnen und Kollegen mit denen braucht man sehr viel Geduld. Oder anders ausgedrückt, diese Kolleginnen und Kollegen strapazieren das jeweils eigene Nervenkostüm, und ich spreche da von mir, besonders. Jetzt hat natürlich jeder hier im Saal den einen oder anderen den er besonders nervig findet, wohlgemerkt politisch nicht persönlich und ich möchte halt ein persönliches Outing machen. Für mich ist der Kollege Wolfgang Hack, und ich möchte halt wirklich da sagen, ich schätze ihn persönlich sehr, aber politisch der Nervigste da im Saal. Und zwar aus einem einzigen Grund, weil sein Gejammere und Gezeter über diesen anscheinend sterbenden Stadtplatz, wofür ausschließlich die verfehlte Rathauspolitik schuld ist, das ist ein Gejammere und Gezeter, was ein Höchstmaß an Selbstdisziplin mir selbst abverlangt um das zu ertragen. Egal was ist, egal was am Stadtplatz passiert oder nicht passiert, die Diagnose des Wolfgang Hack ist immer dieselbe. „Jetzt können wir den Stadtplatz ganz zusperren, jetzt werden endgültig die letzten Kunden weg sein, jetzt ist auch die letzte Chance vertan“ usw. und so fort. Alles ist schlecht, alles ist hoffnungslos. Wenn ich den Kollegen Hack da immer so jammern höre und alles schlecht machen und miesmachen höre, dann denke ich immer an das Lied, eine ganze LP hat es damals gegeben, vom Ludwig Hirsch „Kumm schwarzer Vogel“.

Gelächter

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Das ist so lieber Wolfgang Hack, du bist der schwarze Vogel vom Stadtplatz, weil es ist unglaublich,
...

Gelächter

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Diese Todesahnung und Todessehnsucht die du da für den Stadtplatz verbreitest ist nicht mehr auszuhalten und das muss ich da wirklich einmal anbringen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gegenteil würden wir aber eigentlich brauchen. Der Stadtplatz benötigt Unternehmer und Geschäftsleute die nach vorne blicken, die aktiv etwas tun, die im wahrsten Sinne des Wortes Unternehmer sind im Sinne von etwas unternehmen und nicht Tag und Nacht darüber grübeln oder sich Sorgen machen was es alles auf ihrer wirtschaftlichen Ebene, was noch fehlt und was an ihren herrlichen Arbeitsplatz da am Stadtplatz noch besser gemacht werden könnte. Ich meine wir sollten gerade jene Geschäftsleute mehr ernst nehmen und ihnen zuhören, jene Unternehmer auf dem Stadtplatz, die ebenfalls das satt haben, ununterbrochen ihre wirtschaftliche Bühne schlecht geredet zu hören und das von einem Mann, der in der Wirtschaftskammer, das betone ich, eine hohe Funktion ausübt und dessen Aufgabe es nämlich wäre für die Unternehmer am Stadtplatz, für die Kaufleute einzutreten, einen aktiven Beitrag zu leisten, nicht zu sudern und zu jammern. Lieber Wolfgang Hack, vielleicht denkst du einmal darüber nach.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Ing. Wolfgang Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ja, erstens hat die Wortmeldung mit Reithoffer gar nichts zu tun gehabt, im Gegensatz zu meiner. Ich habe mich über die Vorgangsweise im Ausschuss beschwert, das hat wieder mit der Stadt eigentlich gar nichts zu tun. Das war der Umgang der führenden Politiker mit den kleinen Gemeinderat, darüber habe ich mich beschwert. Ich glaube es ist schon so, dass wir alle Kollegen, die Geschäftsleute in der Innenstadt, kämpfen. Jeder kämpft für sich, jeder kämpft ums Überleben. Ich glaube es gibt keinen herinnen der wahrscheinlich die Situation der Kollegen und insgesamt besser kennt als ich. Das behaupte ich jetzt einmal, nachdem ich jeden Tag hier am Stadtplatz bin und mit den Kollegen sehr viel Kontakt habe. Ich weiß schon, es ist euch lieber wenn die Leute nichts sagen, wenn sie schon so hin sind, dass sie nichts mehr sagen können, das ist euch lieber, weil dann hast du kein Gejammer. Ich möchte aber nur auf eines verweisen, die ganzen Leute die hier am Magistrat arbeiten, auch wir Politiker in diesem Fall, leben eigentlich in letzter Konsequenz von der Wirtschaft. Wir fördern BMW mit was weiß ich wie viel Millionen. Das ist in Ordnung, das ist super, überhaupt keine Frage. Aber auf die kleinen Geschäfte Rücksicht zu nehmen und sich zu überlegen, was gewisse Maßnahmen bedeuten, einmal darüber nachzudenken was das bedeutet, wenn da tausende Leute weniger da sind, da kann ich nicht sagen das ist nur eine blöde Suderei, die dir schon auf die Nerven geht. Ich muss sagen, das ist Ignoranz diese Wortmeldung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine mehr. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, zum Stadtentwicklungsausschuss möchte ich da schon sagen, hier und da versteht man die Welt nicht. Ich bin schon lange da im Geschäft und dass es halt politische Plänkeleien gibt, das gehört auch ein bisschen dazu, das braucht man auch ein wenig für die Presse, die müssen da auch ein bisschen etwas schreiben können, das kann nicht immer so harmonisch herunter gehen. Das verstehe ich alles. Aber sich da herzustellen, in einer Gemeinderatssitzung, und so tun wie wenn wir im Stadtentwicklungsausschuss über die Beamten darüber gefahren wären und über Sie darüber gefahren wären, also, da gehört einmal der ordnungshalber, und Sie sind mittlerweile jetzt ein paar Jahre bei dem Geschäft, es gibt in jeder Sitzung eine Tagesordnung. Die Tagesordnung ist entsprechend den Statuten der Ausschüsse abgehandelt worden. Es hat jeder dazu berichtet. Dann ist es noch möglich, da gibt es den Punkt „Allfälliges“, dass wer zum Punkt Allfälligen eine Frage stellen kann, wenn er was wissen will. Wenn das erschöpft ist, dann ist die Sitzung aus. Zu dem besagten Planungsausschuss ist der Arch. Redtenbacher, der für die Planungen im Reithoffer der zuständige Fachbeamte ist, anwesend gewesen, um möglicherweise unter Allfälliges eine Frage zu beantworten. Es ist vom Herrn Baudirektor gesagt worden, kann man zu Reithoffer was sagen. Redtenbacher, und das war meine, weil ich auch der zuständige Referent bin, habe ich zum Arch. Redtenbacher gesagt, gibt es etwas Neues? Es gibt nichts Neues. Aus seiner Sicht gibt es nichts Neues, außer die Dinge, die eh alle bekannt sind.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Seit wann gibt es Neues?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es gibt nichts Neues.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es ist uns ja das Alte noch nicht gesagt worden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Da werde ich euch gleich erwischen, ich habe eh das Protokoll von der letzten GR-Sitzung da. Da waren alle Anwesend, da steht ihr drinnen als anwesend. Das werde ich euch dann gleich sagen. Es gibt zum letzten aktuellen Stand nichts Neues. Dann braucht der Kurt auch das nicht sagen. Es war auch keine konkrete Anfrage. Da sind wir nicht darüber gefahren mit unserer Mehrheit, irgendwo nervt mich das schon immer. Es ist eine demokratische Entscheidung gewesen. 2003 haben die Bürger der Stadt Steyr entschieden, wer in welchem Ausmaß in der Gemeinde sitzen soll und nicht

irgendwer hat sich das gerichtet. So ist die Verteilung auch in den Ausschüssen und da wird nirgends darüber gefahren. Dass in den Ausschüssen, wenn ich das noch anbringe, das entsprechend den Statuten auch geregelt ist, wer stimmberechtigt ist und wer nicht, das hat sich nicht die SP-Fraktion gerichtet und die fährt nicht über irgendwem darüber und nimmt denen das Stimmrecht. Das ist in den Statuten, welches das Land OÖ beschlossen hat, und da sind eure Vertreter maßgeblich daran beteiligt, geregelt. Der Stadtentwicklungsausschuss ist ganz korrekt abgelaufen, alle Tagesordnungspunkte sind behandelt und auch beantwortet worden.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber auf die Statuten hat die SPÖ schon einen wesentlichen Einfluss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, da haben sogar die Schwarzen und die Grünen bestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wie das beschlossen worden ist, lieber Roman Eichhübl, das ist dir als alter Hase ja nicht entgangen, dass seit 2003 eine andere Koalition in der Landesregierung tätig ist. ÖVP und die Grünen. Natürlich ist das Statut auch mit den Stimmen der SPÖ beschlossen worden. ÖVP, Grüne, SPÖ. Ihr seid dagegen gewesen. Okay, das ist eine überwältigende Mehrheit und so ist das. Heute haben eh zwei Neue „ich gelobe“ gesagt, um die Gesetze einzuhalten.

Das zum Stadtentwicklungsausschuss. Also, da ist überhaupt niemand darüber gefahren.

Die Informationen zum Reithofferwerk selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das im Ausschuss berichtet. Wir haben da im Schule- und Sportausschuss darüber berichtet, wir haben im Planungsausschuss darüber berichtet.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das habe ich aber noch nie gehört.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wo seid ihr denn da alle gewesen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir haben bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber berichtet, was alles passiert, aber das ist alles noch nicht ganz das so hoch Offizielle. Wir haben aufgrund einer Anfrage der Grünen Fraktion vom 19. Juni 2006, nicht irgendwann, und Sie sind ja noch jung, bei Ihnen müsste das Kurzzeitgedächtnis noch besser sein als bei mir, weil ich merke mir das vom vorigen Jahr schon leichter als wie das vom heurigen Jahr, aber ich habe es mir trotzdem gemerkt. Am 19. Juni haben die Grünen eine Anfrage an den Gemeinderat, in Weiterleitung zu mir hat das der Herr Bürgermeister gemacht, zum Thema Reithofferwerk gestellt. Da ist ausführlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, von meiner Seite über den Entwicklungsstand, wer in das Reithofferwerk hinaus kommen soll, zu all diesen Fragen, welche die Grünen gestellt haben, ist eine Antwort gegeben worden und ist im Protokoll zur GR-Sitzung vom 6. Juli 2006 nachzulesen. Irgendwann müsst ihr einmal aufhören. Ob man mit dem allen zufrieden ist was mehrheitlich beschlossen wird, das ist ein anderer Kaffee.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das Protokoll haben wir aber noch nicht.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Weil es beim Protokollprüfer ist.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das mag schon sein, Gunter, dass ihr das Protokoll noch nicht habt, das kann schon sein, aber ich will ja nur damit sagen, es ist im Gemeinderat ausführlich darüber berichtet worden. Ich würde mich doch nicht trauen, irgendetwas zurückzuhalten, wenn die Grüne Fraktion da eine Anfrage stellt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, es ist da berichtet worden. Wenn man mit dieser Entscheidung nicht zufrieden ist, dann ist das legitim, weil ich bin auch oft mit irgendwelchen Entscheidungen nicht zufrieden, aber ich habe auch Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Aber immer so hinstellen wie wenn wir da irgendetwas

geheim halten wollen, das ist nämlich nicht in Ordnung. Vor allem gegenüber jenem Personenkreis, die nicht so Insider sind wie wir das im Gemeinderat sind, dort entsteht der Eindruck, dort passiert wirklich irgendetwas. Da passiert gar nichts. Ich akzeptiere Ihre Meinung, dass Sie sagen, ich bin nicht einverstanden, dass hier Teile des Rathauses, oder dass wir Reithoffer, einen Teil davon, zu einem zweiten Amtsgebäude machen. Das ist Ihr legitimes Recht, das können Sie vertreten. Aber ich wehre mich dagegen, dass sich da hergestellt wird und öffentlich in einer Gemeinderatssitzung gesagt wird, wir haben da nicht informiert. Michaela, auch an deine Adresse. Da wehre ich mich massiv dagegen. Wir haben über alles informiert. Musikschule, wer dort hinaus kommen soll, Bauabteilung und, und. Was wir mit der Redtenbachergasse, was wir mit der Musikschule machen wollen, wir haben über alles oder habe ich am 6. Juli ausführlich, zum letzten Mal, weil seitdem haben wir nichts mehr gehabt, informiert. Es hat im Vorfeld ja auch genug Informationen gegeben. Das gehört einmal wirklich da deutlich gesagt. Sie können von mir aus, das steht Ihnen auch zu, das noch die nächsten paar Jahre kritisieren, weil eine Erfahrung habe ich schon gemacht, ein Projekt das so massiv kritisiert wird, wird meistens das beste Projekt. Ich erinnere mich noch an die Stadthalle, wie ich da zum Teil gelitten habe, weil ich da sehr engagiert war.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Wir leiden auch.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Was das für eine tolle Halle geworden ist. In der Stadthalle haben wir ganz große, wunderbare Kulturveranstaltungen gehabt.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Zwei!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, nein, jedes Jahr haben wir drei bis vier Großevents in der Stadthalle. Der Lob über die Stadthalle geht weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Jetzt bei der Schützen-WM haben alle wieder gesagt was das für ein tolles Haus ist. So wird es dann auch beim Reithofferwerk sein, wenn es fertig ist. Das ist ein schönes, gelungenes Werk und es ist ein tolles Haus geworden. Aber Sie brauchen wegen dem nicht klatschen und dem zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Vielleicht sollte man noch dazu erwähnen, dass ja das Haus schon vor langer Zeit gekauft worden ist und dass wir jetzt endlich eine vernünftige und wirklich eine gescheite Verwendung dafür haben. Es wird jetzt nach allen Richtungen der Kunst kritisiert, aber es ist wirklich eine wunderbare Verwendung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, FPÖ Wer ist dagegen? ÖVP und Bürgerforum Frech. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke sehr, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem zweiten und letzten Antrag geht es um den Ankauf eines Gasbrennwertkessels für die Volksschule Promenade. Es geht hier um die Mittelfreigabe von Euro 29.000,--, eine Kreditübertragung. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) GHJ2-76/06 Ankauf eines Gasbrennwertkessels; Volksschule Promenade 16.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 30. August 2006 wird der Auftragsvergabe für den Ankauf eines Gasbrennwertkessels in der Volksschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Klausriegler, Steyr - Brennwertheizkessel (€ 29.022,65 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von:

€ 14.000,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/214000/010000 (Polyt. Lehrgang – Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschule – Gebäude)

und um Mittelfreigabe in der Höhe von € 29.000,00 inkl. USt. (neunundzwanzigtausend) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschule – Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 10.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und schlage vor, dass wir jetzt eine ½ Stunde Pause machen.

PAUSE VON 16.07 UHR BIS 16.38 UHR

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, liebe Presse, lieber Herr Fraktionsvorsitzender. In meinem ersten Antrag geht es um die Projektförderung für das Museum Industrielle Arbeitswelt. Für die Neuausstellung des Museum Arbeitswelt wurde ja 1987 mit der Landesausstellung Arbeit-Mensch-Maschine im historischen Industrieensemble des Steyr Wehrgrabens eröffnet und damals setzte es europaweite Maßstäbe, zu einem Zeitpunkt als sich erstmals eine fundamentale Krise der Arbeitergesellschaft abzeichnete, wurde ein schlüssiges Erklärungskonzept angeboten, das ein Massenpublikum einer bislang nicht bekannten Form der Inszenierung sozialhistorischer Zusammenhänge zu faszinieren vermochte, bis zum Jahre 2002, als das fürchterliche Hochwasser auch das Museum Arbeitswelt heimsuchte und im Endeffekt die Ausstellung im wahrsten Sinne des Wortes die Steyr hinunterging. Da wurde eben die Idee geboren, eine entsprechend neue Ausstellung, auch mit Hilfe der Hochwasserentschädigung, zu errichten, die schlussendlich im Juni dieses Jahres eröffnet wurde und als Anteil der Stadt, für die Gesamtkosten von etwa 1,3 Mio. Euro ist ein Betrag von 201.000,-- Euro vorgesehen.

7) Fin-125/06 Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr – Projektförderung für Ausstellung „working.world.net“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 26. Juni 2006 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, für die Ausstellung „working.world.net“ eine Projektförderung in der Gesamthöhe von EURO 201.000,-- (i.W. EURO zweihunderteintausend) in Form von drei Teilzahlungen zu jeweils € 67.000,-- (i.W. EURO sechzigtausend) in den Jahren 2006, 2007 und 2008 zuerkannt.

Für die Auszahlung des Jahresbetrages 2006 wird ein Betrag von € 67.000,-- (i.W. EURO sechzigtausend)

aus der VA-Stelle 5/360000/777000 freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Als es erstmals ein Thema war, haben wir gesagt, wir können dieser Geschichte zustimmen, wenn das Heimatmuseum den selben Betrag zur Verfügung gestellt bekommt. Nachdem das nach wie vor nicht erfolgt ist, werden wir uns bei diesem Antrag der

Stimme enthalten und nicht für die Förderung stimmen. Möchte aber betonen, dass das jetzt kein Akt gegen das Museum Arbeitswelt ist, sondern wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass es dringendst notwendig ist, für das Heimathaus Mittel locker zu machen, dass hier endlich einmal etwas weitergeht, dass wenn nicht schon eine höhere Wertigkeit als Museum gegeben ist, dann es wenigstens gleichwertig mit dem Museum Arbeitswelt zu sehen ist. Nachdem wir anders nicht gehört werden, haben wir uns entschieden, uns hier der Stimme zu enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Die Abschiedsworte des Kollegen Lengauer, der sehr lange Vorsitzender des Kulturausschusses war, habe ich mir auch zu Herzen genommen und es war mir auch immer ein Anliegen, dass das Museum der Stadt Steyr tatsächlich so umgestaltet wird, dass es den Namen Museum auch wirklich verdient. Auch nicht mehr Heimathaus, sondern wirklich ein Museum der Stadt Steyr, das die Geschichte dieser Stadt präsentiert und jahrelang haben wir jetzt im Kulturausschuss dafür gekämpft, weiter gegangen ist leider nur ganz wenig, bis auf Konzepte, die letztlich in der Schublade verstauben. In diesem Fall gebe ich auch dem Kollegen Mayrhofer völlig Recht, man muss mitunter ein Zeichen setzen und wenn man € 201.000,-- für eine Projektförderung hat, dann muss man auch mindestens € 200.000,-- haben, um dieses Museum der Stadt Steyr endlich einmal zu gestalten und ich werde mich deshalb auch der Stimme enthalten. Das ist auch keine Kritik am Museum Arbeitswelt, sondern nur die Herstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke, GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat – unter Anführungszeichen – der ordentlichen Subvention für das Museum Arbeitswelt immer die Zustimmung gegeben. Für eine Projektsubvention, wie sie heute auf der Tagesordnung steht, ist uns dieser Betrag in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt derzeit und auch in unmittelbarer Zukunft einfach zu hoch und wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Außerdem sind wir nicht masochistisch veranlagt, dass wir jenen, die uns ständig beißen, auch noch das Geld hineinschieben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
An sich sind diese Wortmeldungen ganz klasse, nur glaube ich, sollte man dann alles beim Namen nennen, und wenn der Herr Kollege Mayrhofer und auch die Frau Kollegin Frech fordern, dasselbe für das Heimathaus, dann würde ich mich freuen, wenn für das Heimathaus das Land Oberösterreich 680.000,-- Euro zahlt und das Bundesministerium auch 300.000,-- Euro und diverse andere Sponsoren, dass das Geld zusammenkommt, dann wird sicherlich da ein anderes Gespräch zustande kommen und wird auch das Stadtmuseum, wie es wirklich heißt, es heißt eh nicht mehr Heimathaus, dann einer entsprechender Lösung zugeführt, was sicherlich einer der dringendsten Aufgaben des neuen zukünftigen Kulturausschussvorsitzenden sein wird.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hast du schon einen Antrag gestellt?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Abgesehen von dem, gibt es an sich im Rahmen der Bewerbung für die Landesausstellung, die ja dann aus politischen Gründen anders ausgefallen ist, eine Zusage, dass doch durch Sonderausstellungen das Heimathaus entsprechend gerichtet werden soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? 3 FPÖ, 1 ÖVP (GR Altmann). Stimmenthaltung? 5 ÖVP, Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Tarifordnung der Volkshochschule Steyr, deren letzter Beschluss am 6. Mai 2004 erfolgte. Es sollte unter anderem auch noch eine Indexanpassung im 3-Jahres-Intervall, jeweils zu Beginn des März herangezogen werden und in weiterer Folge wurde auch noch eine Mahngebühr eingeführt. Für die 1. Mahnung offener Kursgebühren € 3,--, für die 2. Mahnung € 6,--. Die Höhe der Mahngebühren wird in Angleichung an den Geschäftsbereich für Finanzen festgelegt und die Änderungen in der Tarifordnung beziehen sich auf den Bereich Verwaltungskostenbeitrag pro Unterrichtseinheit plus 50,-- Cent Verwaltungskostenbeitrag, bei Jugendlichen auch plus 50,-- Cent, aber um € 1,-- weniger. Raumbenützungsgebühr auch um 50,-- Cent mehr auf € 2,50. Das sind die geänderten Gebühren und aus der Gesamtheit des Honorars der Aufwandsentschädigungen und Gebühren für entsprechende Gegebenheiten errechnen sich dann die Kursgebühren.

8) VH-8/06 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Änderung ab Herbstsemester 2006 – Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule, vom 9. Juni 2006 werden die Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr und deren Indexanpassung in 3-Jahres-Intervallen sowie der Zusatz in den allgemeinen Geschäftsbedingungen (Mahngebühren) genehmigt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich ersuche um Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrte Damen und Herren. Es ist bemerkenswert, die Honorare für die Leute, die diese Dinge veranstalten, oder die diese Kurse halten, werden nicht erhöht. Es wird eigentlich nur der Verwaltungskostenbeitrag erhöht, das ist das Einzige, was erhöht wird. Es heißt doch immer, es wird hier herinnen so effizient gearbeitet, es gibt mittlerweile im ganzen Bereich die EDV, gerade auch bei den Anmeldungen für die Veranstaltungen und diese Dinge, aber da wird auf einmal kräftig erhöht. Weil es sind ja 50,-- Cent pro Einheit, das heißt, wenn einer jetzt einen Kurs macht, dann hat der 20, 30 oder 40 Einheiten, das läppert sich dann ganz gewaltig zusammen. Vor allen Dingen auch wenn man sagt, Kinder- und Jugendkurse, da fahren wir mit den Verwaltungskosten hinauf, das ist eigentlich sehr eigenartig. Warum muss das so sein, warum bekommen die anderen dann nicht auch mehr? Warum musste das mit Dringlichkeit gemacht werden? Die Sachen werden jetzt schon verrechnet, das ist alles schon in Druck; im Nachhinein genehmigt man sich selbst eine Erhöhung, aber alle anderen haben anscheinend keine erhöhten Kosten, wenn man es schon so sehen will.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste. Der Kollege Hack hat ja schon einiges vorweg genommen, aber was ich hier herinnen wirklich nicht ganz verstehe ist, dass man heute eine Tarifordnung für die Volkshochschule, die immer im Herbstsemester startet, jedes Jahr der selbe Termin, so wie Weihnachten gleich bleibt, dass man dafür über Dringlichkeit Tarife beschließen muss. Weil was wir heute beschließen, ist da drinnen schon gedruckt, das sind die neuen Tarife der Volkshochschule, die stehen schon drinnen und heute beschließen wir es. Ich lasse mir viel einreden, mit Dringlichkeit, Hochwassergeschichten, alles mögliche, aber bitte nicht Tarife von der Volkshochschule, wo ich genau weiß, wie der Ablauf ist. Aber es ist ein gutes Beispiel dafür, dass einfach im Haus wirklich eine Planung, im Sinne von wirklicher Planung, nicht existent ist, sondern meistens so auf die Schnelle etwas gemacht wird. Weil sonst wäre man nicht im Juni draufgekommen, dass man eine Tarifordnung ändert, wenn man ja weiß, dass man das schon über den Sommer drucken muss. Das ist der eine Punkt. Dann wäre ich eigentlich immer davon ausgegangen, dass Tarife in einem Ausschuss beschlossen werden, wie dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, weil da geht es um Kalkulationen von Entgelten, da geht es auch darum,

haben wir Abgang bei der Volkshochschule oder nicht, müssen wir deshalb erhöhen oder nicht. Die Frage nach dem Verwaltungskostenbeitrag, warum der steigt, die habe ich mir auch gestellt und ich habe mir noch eine Frage gestellt. Das ist die, wie reagiert man eigentlich mit der gesetzlichen Änderung, weil wir beschließen jetzt ja einen Grundsatzbeschluss, das soll ja für eine lange Zeit halten, wie geht man damit um, dass ab 1.1.2007 eine gesetzliche Änderung in Kraft tritt, was die Kursleiterhonorare anbelangt bei Erwachsenenbildungseinrichtungen, sprich BFI, WIFI und VHS, wonach diese Honorare nicht mehr wie bisher zu versteuern sind durch die Vortragenden, sondern direkt durch die Einrichtungen abgeführt werden müssen? Das hat doch letztlich eine Auswirkung auf die Höhe der Honorare, davon finde ich aber nichts, und das wäre eigentlich ein Punkt, den man sehr wohl diskutieren müsste. Im Prinzip habe ich kein Problem wenn man Tarife an die Gegebenheiten anpasst, aber ich habe ein Problem, über etwas abzustimmen, wenn ich schon das Druckwerk mit neuen Tarifen in der Hand habe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Wertes Präsidium, sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ein Grundsatzbeschluss, der wieder einmal nicht in einem Ausschuss behandelt worden ist, sondern der gleich einmal in den Gemeinderat hereinmarschiert. Es war heute schon einmal das Thema und werter Herr Vizebgm. Bremm, Sie haben gesagt, sie haben zu akzeptieren, wir haben die Mehrheit, sie haben zu akzeptieren, dass die Statuten so sind und ob das jetzt in einem Ausschuss behandelt wird oder nicht, das ist quasi Ihre Angelegenheit. Ich kann nur sagen, es ist wieder ein deutliches Zeichen, dass Ihrerseits überhaupt kein Interesse vorhanden ist, dass eine Mitarbeit, ein gemeinsames Diskutieren, gerade was Grundsatzbeschlüsse anbelangt, vorherrscht oder vorliegt. Ich muss schon sagen, diese Vorgehensweise, dass man wieder den Gemeinderat mit dem Mäntelchen der Dringlichkeit missbraucht, dass es hier zu einer Abstimmung kommt, ist eine Vorgehensweise, die Ihresgleichen typisch entspricht. Ich kann daher nur den Antrag auf Rückstellung stellen, dass es zumindest im Ausschuss für Recht- und Wirtschaft durchdiskutiert wird und nicht einfach so in den Gemeinderat hereinmarschiert. Also ich stelle den Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Geschäftsordnung?

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Ja!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hat der Lengauer noch mitbeschlossen, oder?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Wir können nicht jetzt eine Tarifordnung machen, wo wir jetzt schon wissen, dass sie in 3 Monaten ergänzt werden muss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir stimmen jetzt einmal über den Antrag zur Geschäftsordnung ab. Jede Fraktion hat dazu eine Wortmeldung.

SPÖ, ÖVP haben wir schon. FPÖ, habt ihr eine Wortmeldung zu dem Thema? Auch nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich würde gerne den Antrag der Kollegin Braunsberger-Lechner unterstützen, nur man sieht ja das Dilemma, es nützt uns ja gar nichts, das zurückzustellen, weil es ist schon gedruckt, die Tarife sind schon draußen, die Leute haben sich schon angemeldet. Und was für mich wirklich einmal spannend wäre, wir werden es hier herinnen nicht schaffen, weil die Mehrheitsverhältnisse so klar sind, aber was würde eigentlich passieren, wenn etwas per Dringlichkeit bereits umgesetzt worden ist, der Gemeinderat aber letztlich anders entscheidet? Das wäre einmal eine spannende Frage.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann hat der Gemeinderat nicht die Möglichkeit das zu verhindern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Richtig, wozu beschäftigen wir uns dann überhaupt damit.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Mir ist es eh auch nicht Recht, aber das ist so.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das weiß ich auch, aber es ist absurd. Warum ich auch dafür bin, das abzusetzen, dadurch dass das jetzt ein Grundsatzbeschluss ist, mit einer neuen Ordnung und ja diese neue gesetzliche Änderung in Kraft tritt, werden wir uns ohnedies im nächsten Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss damit beschäftigen müssen und ich bin durchaus auch dafür, diesem Antrag die Zustimmung zu geben; auch wenn man an den Tarifen selbst nichts mehr ändern kann, aber zumindest nicht eine neue Tarifordnung in der Form zu beschließen, als Grundsatzbeschluss, das kann es nicht sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir stimmen jetzt über den Antrag zur Geschäftsordnung von der Frau Dr. Braunsberger-Lechner ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Frech. Wer ist dagegen? SPÖ. Stimmenthaltungen? 2 Grüne. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Wir kommen jetzt zum eigentlichen Hauptantrag. Schlusswort? Keines. Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? SPÖ, Grüne, FPÖ. Ist jemand gegen diesen Antrag? ÖVP, Frech. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Beim nächsten Punkt geht es um die Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

9) Präs-631/03 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung wird gemäß den Bestimmungen des § 20 des OÖ. Objektivierungsgesetzes die Zusammensetzung der Dienstgebervertreter mit sofortiger Wirkung auf die verbleibende Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates wie folgt geändert:

Mitglieder:

Anstelle von Herrn GR Walter Gabath – Frau GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

Ersatzmitglieder:

Anstelle von Frau GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner – Herr GR DI Christian Altmann.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Ich ersuche um ihre Bestellung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

GR DI Christian Altmann verlässt um 16.57 Uhr die Sitzung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Hauser.

BE:STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Erdgaspreiserhöhung per 1.10.2006. Es ist leider Gottes so, dass der Gaseinkaufspreis in den ersten 5 Monaten des heurigen Jahres bereits um 28 % gestiegen ist und es hätte also bedeutet, wenn wir jetzt nicht darauf reagieren, dass der Verlust immens angestiegen wäre. Bis dato haben diese Preiserhöhungen ohnehin die Stadtwerke, und somit die Stadt geschluckt und es ist so - das haben wir ja in unserem Amtsbericht erläutert – dass wir vorschlagen, den Erdgaspreis linear um 6 % zu erhöhen. Das ist immerhin um ca. 3% niedriger als bei den anderen Erdgaslieferanten in Oberösterreich und auch um 1 Monat später. Ich habe – nur damit das geklärt ist warum – auch im Verwaltungsausschuss damals darauf hingewiesen, dass in dem jetzigen Amtsblatt diese Maßnahme vorangekündigt ist, vorbehaltlich des heutigen Gemeinderatsbeschlusses, weil wir sonst keine Möglichkeit mehr haben, unsere Kunden darauf aufmerksam zu machen, dass womöglich am 1. 10. jemand kommt, um abzulesen und das ist natürlich eine Schwierigkeit, die man sonst nicht in den Griff bekommt. Deswegen steht das dort schon drinnen und es wurde auch im Verwaltungsausschuss damals so beschlossen und zur Kenntnis genommen.

10) Stw-53/06 Erdgaspreiserhöhung per 1.10.2006 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise im 1. HJ 2006 um weitere 28 % über dem durchschnittlichen Einkaufspreis des Vorjahres 2005 – mit weiterhin steigender Tendenz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 17.07.2006 wird der Preiserhöhung entsprechend der Anlage mit Wirksamkeitsbeginn 01.10.2006 zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Diskussion und Herbeiführung eines Beschlusses.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die Stadtwerke, konkret das Gaswerk, ist ja geradezu gezwungen und verpflichtet aufgrund der in der Vergangenheit ständig gestiegenen Rohölpreise – und diese Rohölpreise sind ja auch die Ausgangsbasis für den Preis des Erdgases am Markt – auch ihre Tarife anzuheben. Diese marginale Zurücknahme dieses Rohölpreises, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, ist ja wirklich nur ein – ich weiß gar nicht wie ich das bezeichnen soll – nein, nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, denn wenn ich mich zurückerinnere, und das ist ja gar nicht so lange aus, 3 bis 4 Jahre, als ich noch damit zu tun hatte, im Zusammenhang mit meiner Funktion im Stadtsenat, da haben wir noch Preise verhandelt mit 28,-- bis 30,-- \$ pro Barrel und jetzt liegen wir knapp unter \$ 70,--.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

60,--

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube 70,--, ist egal, aber es ist jedenfalls so, dass die massiven Anstiege in den letzten Jahren das keineswegs wettmachen. Wobei auch eines sehr klar und deutlich zu sagen ist, dass diese Preisentwicklung am Rohölmarkt und damit auch am Gasmarkt völlig unverständlich ist. Nämlich deswegen, weil auf der einen Seite unter allen möglichen abenteuerlichen Begründungen dieser Preis künstlich in die Höhe getrieben wird, muss ich sagen, und auf der anderen Seite die Mineralölwirtschaft die Firmen, so auch die OMV, muss man auch sehr deutlich sagen, Milliarden an Gewinnen jährlich einstreifen. Auf der anderen Seite gibt es den Herrn Finanzminister, der jene, die diese Energie nutzen, mit bis zu 60 % an Tarifen und Abgaben belastet; das muss auch einmal sehr deutlich gesagt werden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der wesentliche Grund meiner Wortmeldung ist eigentlich der, dass ich Ihnen etwas anderes vor Augen führen möchte. Mich wundert es eigentlich, dass das heute noch nicht zur Sprache gekommen ist; das ist die Tatsache, dass diese Preiserhöhung, die wirklich sehr triste finanzielle Situation des Betriebverbundes Gas und Verkehr, den wir in Steyr haben, keineswegs verbessern wird. Das ist ja auch im Amtsbericht nachzulesen. Der Preisanstieg hat bis dato den Stadtwerken 550.000,-- Euro gekostet, aus dieser Tarifierhebung, die wir heute beschließen, sind bis Ende 2006 lediglich etwa 135.000,-- Euro zu

lukrieren und das ist gleichzeitig der gesamte Ertrag des Jahres 2006. Wissen Sie, warum ich Ihnen das so deutlich vor Augen führe? Weil wir früher, vor einigen Jahren noch, in diesem Bereich nicht 135.000,-- Euro an Ertrag gehabt haben, sondern im Schnitt 1,7 Mio. Euro und weil auf der anderen Seite – und das ist die Dramatik – dem ein Verlust im Verkehrsbetrieb von 1,9 Mio. Euro gegenübersteht. Der hat sich natürlich auch im Zuge dieser Betriebskostenverteuerungen verschlimmert und früher haben wir maximal etwa 1,4 Mio. Euro an Verlust gehabt. Daher ist das eine sehr dramatische Entwicklung und diese Entwicklung kann sich unter Umständen noch verschlechtern – und wir haben ja heute einen zweiten Antrag zu behandeln – wenn tatsächlich die Stadtwerke diese Ausgleichszahlungen berappen muss, die von E-Control erstaunlicherweise und völlig ungerechtfertigt vorgeschrieben werden. Jetzt wird man sich natürlich fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ja wer ist denn an dieser Entwicklung Schuld? Da muss man auch ehrlich sein, ich denke jetzt an Fairness, nicht weil das der Herr Gusenbauer sagt, sondern man muss so fair sein und da immer wieder darauf hinweisen, warum es diese Preisentwicklung gibt. Das ist nicht die Schuld der Stadtwerke, auch nicht die Schuld des Referenten, sondern das ist diese berühmte E-Control, die ja bisher nichts anderes zustande gebracht hat, dass sie offensichtlich eines möchte, nämlich die öffentlichen Anbieter vom Markt zu eliminieren. Das ist nichts anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn der nächste Anschlag, der droht bereits den Stadtwerken und das sagt ja der Herr Boltz. Der Herr Boltz sagt ja bereits, dass man aufgrund dieser ständig steigenden Rohölpreise mit den Netzkostenpreisen heruntergehen möchte, für jene die unsere Gasleitungen benützen, Fremdfirmen, unsere Gasleitungen, die mit dem Geld der Steuerzahler errichtet worden sind, um da ein bisschen einen Ausgleich zu finden, aber nicht für die mittleren und kleinen Energiebezieher, das muss man auch deutlich sagen, sondern für die Großindustrie. Das ist die Wahrheit und das ist tatsächlich so. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, erhebt sich wirklich die Frage und das ist wirklich sehr dramatisch, ich übertreibe da nicht, die Zahlen sprechen für sich, es ist wirklich wichtig, sich ernsthaft Gedanken zu machen, wie soll es im Betriebsverbund Gas und Verkehr weitergehen. Ich würde auch vorschlagen, Herr Bürgermeister, weil du ja der zuständige Finanzreferent bist, dass diese Frage auch von deiner Seite aufgeworfen wird und der Gemeinderat auch entsprechend informiert wird, was man hier in Zukunft tatsächlich machen wird. Denn es wird eines passieren; entweder bezahlt die Stadt diesen 1,9 Mio. Verlust im Verkehrsbetrieb, oder man wird die Leistungen einschränken müssen und beides ist sehr unangenehm. Ich mache mir wirklich Sorgen um den Fortbestand dieses Betriebsverbundes Gas und Verkehr und ersuche dringend die Verantwortlichen sich ernsthafte Gedanken zu machen und dem Gemeinderat zu erklären, wie das in Zukunft weitergehen soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Hack ist der Nächste.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Hat sich erledigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hat sich erledigt. Willi bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Erlauben Sie mir noch 2, 3 kurze Bemerkungen. Wenn ich mich zurückerinnere, dass die Wortmeldungen vor ein paar Jahren noch ganz anders ausgesehen haben, wie nämlich dieses Gaswirtschaftsgeschäft noch nicht liberalisiert war und wo es ständig darum gegangen ist, dass doch dieser Vertriebsverbund aufgelöst gehört, weil das alles nicht rechtens sei und all diese Dinge nicht möglich sind, damals hätte man also durchaus in Kauf genommen, dass wir – wenn wir z. B. beim Gasgeschäft Gewinne machen – zuerst Steuern abführen müssen um dann unsere Defizite wo anders abdecken zu können. Und wenn ich mir heute die Wortmeldungen anhöre, dann schaut es genau anders aus.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Von mir nicht!

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ich rede nicht von dir persönlich, sondern ich sage nur, hierherinnen im Gemeinderat hat es diese Wortmeldungen gegeben und daran erinnere ich mich noch gut, denn ich war damals ein massiver Verfechter dafür, dass das eben nicht passiert. Heute ist es so, dass man also wirklich sagen muss, dieses Gaswirtschaftsgesetz, dieses liberalisierte, bringt uns in eine Situation, dass wir auf der einen Seite immer weniger Gewinne schreiben und auf der anderen Seite immer höhere Kosten an die

öffentliche Hand, nämlich das Wirtschaftsministerium abgeben müssen, die diese berühmte E-Control-Behörde in sich trägt. Und dorthin sollten wir nämlich zahlen und das wie kleine Weltmeister, wenn ich das so sagen darf, und in Wirklichkeit ist das die Katastrophe. Ich kann nur sagen, ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben, für diese Preiserhöhung, auch wenn sie für den einzelnen schmerzlich ist, das ist mir völlig klar, aber auf der anderen Seite ist es so, dass wir uns wirklich bemüht haben, sie so niedrig wie möglich zu halten, mit den 6 % linear, und wir mit der Preiserhöhung deutlich unter den anderen Anbietern liegen und wir letztlich auch weder die Netzkosten, noch die Gaszählergebühren, noch sonstiges erhöht haben. Eines muss man auch einmal dazusagen; viele andere Städte und Gemeinden würden sich wünschen so ein ausgebautes und hochmodernes Gasnetz zu haben, wie wir es haben. Weil wenn ich mir anschau, was wir jährlich investieren um Gasleitungen zu erneuern, alles auf den neuesten Stand zu bringen und letztlich auch dorthin zu kommen, wo es notwendig ist, nämlich zum Kunden, dann denke ich mir, auch hier muss man eindeutig sagen, dass wir unserer Aufgabe als öffentliche Hand und als Energieversorger dementsprechend nachkommen. Ich ersuche, über den Antrag abzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesen Antrag Gegenstimmen? 1 – Bürgerforum. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der zweite Antrag beschäftigt sich schon damit, was der Kollege Eichhübl zuerst schon ganz kurz angesprochen hat. Es geht darum, dass die E-Control von uns Ausgleichszahlungen verlangt, wo wir als Stadtwerke und damit auch als Stadt der Meinung sind, dass sie ungerechtfertigt sind, einerseits in der Höhe und andererseits vor allen Dingen, die Verordnung auf der sie fußt, also nicht rechtens sei. Wir haben also hier einen Gemeinderatsbeschluss herbeigeführt, dass wir das bekämpfen und haben eine Verwaltungsgerichtshofbeschwerde und eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde eingebracht. Der Verfassungsgerichtshof hat das jetzt aus formalen Gründen zurückgewiesen und wir sind also der Meinung, dass wir im Recht sind und möchten hier neuerlich Beschwerde erheben, und zwar gegen die Verordnung.

11) Stw-78/06 Bescheid der E-Control-Kommission vom 15.2.2006 über die neuerliche Berufung gegen den Bescheid der E-Control GmbH zur Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr – Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 3.8.2006 wird erneut der Einleitung eines Beschwerdeverfahrens gegen die Verordnung der E-Kommission vom 15.2.2006, GZ K AGZ G 01/05 betreffend die Gassystemnutzungstarife beim Verfassungsgerichtshof zugestimmt. (Beilage)

Ich möchte dazu auch gleich, weil wir natürlich auch ständig an der Sache weiterarbeiten und weiterberaten und es ja auch nicht von ungefähr kommt, dass wir sagen, es könnte womöglich noch einmal abgewiesen werden, darum möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, der da lautet:

Gemäß § 9 der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17.11.2005 betreffend die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr (GOGR) stellt das unterfertigte Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr zum Tagesordnungspunkt „Bescheid der E-Control-Kommission vom 15.2.2006 über die neuerliche Berufung gegen den Bescheid der E-Control GmbH zur Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr – Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof“ für die Sitzung des Gemeinderates am 21. September 2006 nachstehenden

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 3.8.2006 sowie des vorliegenden Zusatzantrages wird

1. der Direktion der Stadtwerke Steyr die Ermächtigung erteilt, im Falle der Nichtstattgabe des

anhängigen Beschwerdeverfahrens seitens des Verfassungsgerichtshofes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, allenfalls beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften einzubringen und

2. zur Konkretisierung des Beschwerdevorbringens nach dem Wort „Verordnung“ der Klammerausdruck (GSNT-VO 2004 und GSNT-VO-Novelle 2005) angefügt und die Wortfolge „vom 15.2.2006, GZ K AGZ G 01/05“ ersatzlos gestrichen.

Wir glauben nämlich, dass, wenn es neuerlich zu einer Abweisung kommt, wir sozusagen da womöglich wieder in eine Verzögerung kämen und möchten also dann diese Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof weitertragen und ich ersuche den Herrn Bürgermeister danach über diesen Abänderungsantrag beraten bzw. abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf vorausschicken, dass wir selbstverständlich alle nur erdenklichen Maßnahmen unterstützen, die es ermöglichen, diese Zahlungsvorschreibungen nicht bezahlen zu müssen. Ich möchte jetzt nicht wieder von vorne beginnen, sondern ich habe ihnen bereits gesagt, wie die Situation in finanzieller Hinsicht beim Betriebverbund Gas und Verkehr aussieht. Es geht konkret darum, dass im Jahre 2004 und 2005 bereits eine Vorschreibung in Höhe von jeweils 335.000,-- Euro ins Haus steht und das ist eine Existenzfrage des Betriebverbundes bzw. des Gaswerkes. Daher, wie gesagt, werde ich alles unterstützen. Ich möchte aber schon eines auch jetzt hier sagen, was ich auch im Ausschuss zum Ausdruck gebracht habe, und das ist die bisherige Vorgangsweise. Die bisherige Vorgangsweise, der Kollege Hauser ist ja nicht darauf eingegangen, war ja die, dass man einerseits bei der E-Control einen Einspruch erhoben hat, dass man Beschwerde beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof gemacht hat und dass vom Verwaltungsgerichtshof diese Beschwerde angenommen wurde, aber vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt wurde. Da sollte man eigentlich schon sagen, warum der Verfassungsgerichtshof diese Beschwerde abgelehnt hat. Ich betrachte es als Ausrede, wenn da von der Direktion der Stadtwerke Verwunderung zum Ausdruck gebracht wird, dass der Verfassungsgerichtshof anders entscheidet wie der Verwaltungsgerichtshof und jeder Nichtjurist weiß, dass die Grundlagen nach denen der Verfassungsgerichtshof entscheidet wesentlich andere sind als die des Verwaltungsgerichtshofes und es steht ja sehr deutlich in den Unterlagen drinnen, dass der Verfassungsgerichtshof deswegen diese Beschwerde zurückgewiesen hat, weil sich der Verwaltungsausschuss nicht damit beschäftigt hat. Weil sich der Verwaltungsausschuss nicht damit beschäftigt hat und weil der Kollege Hauser eine sogenannte Notverordnung unterschrieben hat, wobei auch deutlich aus den Unterlagen hervorgeht, dass man zumindest 6 Wochen Zeit gehabt hätte, einen Verwaltungsausschuss einzuberufen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, halte ich für nicht in Ordnung vonseiten der Direktion der Stadtwerke, dass man bei so einem wichtigen Thema derartige Fristen nicht ins Auge fasst und dann damit rechnen muss, dass hier ein ablehnender Bescheid kommt. Ich bin eigentlich überrascht, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, dass dieser Antrag auch heute hier im Gemeinderat wieder zur Sprache kommt, wobei ich der letzte bin, der dem Gemeinderat etwas vorenthalten möchte. Das ist schon richtig, was vorher gesagt wurde, dass es leider so ist, dass bei vielen weitreichenden Themen der Gemeinderat ausgeklammert wird, Reithoffer und es gibt einige andere Dinge, die mit Dringlichkeit beschlossen werden und die dem Gemeinderat eigentlich nicht oder zu spät zur Kenntnis gebracht werden und das Mitspracherecht damit eingeengt wird. Also ich frage mich, nachdem der Verfassungsgerichtshof sehr deutlich darauf hinweist, dass der Verwaltungsausschuss für diese Thematik zuständig ist und diesem das zuzuordnen ist, warum sich jetzt der Gemeinderat damit beschäftigt. Wie gesagt, noch einmal, nichts dagegen, dass der Gemeinderat auch ein Mitspracherecht hat, aber ich denke daran, dass eine gewisse Zeitverzögerung in Kraft tritt und hoffentlich fällt uns die nicht wieder auf den Kopf. Ich hätte also wirklich gerne eine Erklärung dafür, warum man auch diesmal wieder eine derartige Zeitverzögerung in Kauf nimmt, bei diesem wirklich existenziell wichtigen Thema der Stadtwerke. Ja, wie gesagt, nochmals jede Unterstützung, aber ich wünsche mir schon in Zukunft, dass man mit solchen Themen sorgfältiger umgeht, um Fristen nicht zu verabsäumen und abschlägige Bescheide daher zu vermeiden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin schon länger nicht mehr im Ausschuss, krieg das aber durch meine Kollegen gut mit. Die Frage, die sich mir aufdrängt ist folgende. Also, ich denke mir, die Stadt Steyr bekommt einen Betrag von 300.000,-- Euro jährlich vorgeschrieben. Die Stadtwerke finden, dass das nicht gerechtfertigt ist, es wird dagegen Einspruch erhoben, was ich persönlich für klug, verantwortungsvoll und gescheit finde, das macht jeder, der sich denkt, das ist nicht rechtens. Es ist jetzt der Instanzenweg 2, 3 Schritte weit gegangen, es ist nicht entschieden, man weiß nicht wie das ausgehen wird. Die Frage die ich mir stelle, diese vorgeschriebenen 300.000,-- Euro jährlich, sind die von den Stadtwerken budgetiert worden, für den Fall dass das zu zahlen ist, denn wir wissen ja nicht, wie das ausgeht? Das heißt, wenn es so entschieden wird, dass das zu zahlen ist, ist dieses Geld da?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, es ist nicht da.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Es ist nicht da.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, wo soll es herkommen, wenn wir 1,9 Mio. Abgang haben.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Das heißt, es wird sozusagen gepokert, bis entschieden wird.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, es ist so, leider, das Geld ist nicht da.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem es sich hierbei ja um eine sehr komplizierte Rechtsmaterie handelt, wie man aus der Vorgeschichte her sieht, und hier ja vorgesehen ist, die Stadtwerke zu ermächtigen, Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzulegen, oder beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, stelle ich mir die Frage, wieweit das überhaupt auch sinnvoll ist, und nachdem wir ja im Gemeinderat einen Europarechtsexperten sitzen haben, hätte ich gerne den Stephan Keiler gebeten, zu sagen, was von diesem Abänderungsantrag juristisch gesehen zu halten ist.

GEMEINDERAT MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:

Wenn ich schon dazu aufgerufen werde, sage ich gerne meine Gedanken dazu. Also, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kommen wir erst dann, wenn der innerinstanzliche Instanzenzug erschöpft ist. Der Verfassungsgerichtshof ist die letzte innerstaatliche Instanz und dann gibt es noch die Beschwerdemöglichkeit nach Luxemburg. Dass das schnell geht, wird man nicht erwarten können, weil die Verfahren dort mindestens 3 bis 4 Jahre dauern, wenn nicht 5. Das ist das eine, was zu erwarten wäre. Zum Europäischen Gerichtshof, haben wir gerade nebenbei besprochen, wird es schwierig, überhaupt direkt zu kommen, wenn dann müsste man es wettbewerbsrechtlich prüfen und zuerst zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften gehen und könnte dann in zweiter Instanz möglicherweise zum EUGH in Strassburg kommen. Eine Direktklage an den Europäischen Gerichtshof der EU ist in so einem Fall aber nicht möglich. Das heißt, man wird das so verstehen können, dass man hier die Institutionen der Europäischen Gemeinschaften und der EU meint und nicht nur den Gerichtshof an sich, weil der wäre in Wettbewerbsachen erst in zweiter Instanz zuständig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Willi bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Um also auf das ein bisschen einzugehen, einerseits warum der Antrag jetzt hier ist und andererseits was sonst noch angemerkt wurde, möchte ich dazu sagen: Erstens wurde dieses Beschwerdeverfahren, und das muss man auch dazusagen, wenn man sich schon über diese Dinge nachher Gedanken macht, eingeleitet bei der

Gemeinderatssitzung am 17. 11. 2005, wo beschlossen wurde, dieses Beschwerdeverfahren einzuleiten. Dort sind wir ja auch schon von einer Situation ausgegangen, dass man gesagt hat, da geht es um Beschlüsse, die eine strategische Entwicklung für die Stadtwerke letztlich auch mitbestimmt. Diese Beschlüsse für strategische Entwicklungen sind eindeutig dem Gemeinderat vorbehalten, aufgrund des Stadtwerkestatutes und deswegen ist jetzt die Entscheidung, die wir fällen, auch mit dem Abänderungsantrag – natürlich auch so eine strategische Entscheidung – ein Beschluss über eine strategische Entwicklung – und daher ist er wieder im Gemeinderat. Es ist zwar richtig, was der Kollege Eichhübl hier gesagt hat, dass es natürlich darum geht, dass der Verfassungsgerichtshof sich auf den Verwaltungsausschuss bezieht, aber eines muss man schon auch dazusagen, die Stadtwerke haben ja nicht aus heiterem Himmel Beschwerde erhoben, sondern sie haben sich an ein Büro gewandt und dieses Rechtsanwaltsbüro ist in Wien und beschäftigt sich also eindringlich mit solchen Beschwerden bzw. mit dem Gaswirtschaftsgesetz und die haben das alles eingebracht und haben dann noch schnell Hilfe gerufen, weil hier so ein Beschluss fehle. Das haben wir dann dringlichst machen müssen, weil sonst wären wir zu spät gewesen, es war nicht mehr die Zeit bei diesem Aufruf sozusagen den Verwaltungsausschuss einzuberufen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Das wäre sich leicht ausgegangen!

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Darf ich bitte fertig reden und dann werden wir weiter diskutieren können, vielleicht, wenn es irgendwann einmal sein sollte, im Verwaltungsausschuss, weil ich habe schon dort versucht, es euch zu erklären. Denn es ist nämlich so, dass wir ja gegen eine Verordnung Beschwerde erheben und bei einer Verordnung gibt es also diese 6 Wochen Einspruchsfrist nicht. Also, es wäre aus unserer Sicht jetzt, von dem Wissen her, was nämlich aus dem Urteil zu erkennen ist, nicht notwendig gewesen, einen Dringlichkeitsbeschluss zu fällen, weil wir gar keine Frist gehabt hätten, sondern auch warten hätten können. Das haben wir aber damals nicht gewusst, weil uns dieses Rechtsanwaltsbüro eben darüber informiert hat und darum haben wir es gemacht und daher ist es aus formalen Gründen zurückgewiesen worden. Aus diesem Grund sind wir jetzt da und versuchen dieses Beschwerdeverfahren neu anzukurbeln, wieder neu zu bestimmen und da es eben um diese strategischen Entscheidungen geht, sind wir auch der Meinung, dass das im Gemeinderat eben richtig ist. Und damit man überhaupt einmal weiß um was es geht, muss man natürlich dazusagen, dass wir bis zum Mai 2004, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sofern es überhaupt jemanden interessiert, 120.000,-- Euro bekommen haben, aus dieser Ausgleichszahlung, weil da hat es einen Vertrag gegeben unter allen oberösterreichischen Anbietern und die E-Control ist dann plötzlich mir nichts, dir nichts mit einer Verordnung dahergekommen, weil die müssen sich ja auch irgendwie finanzieren, das ist mir schon klar, daher brauchen sie Geld, und hat ihre eigenen Richtlinien entworfen und plötzlich haben wir eine Vorschreibung gehabt von 420.000,-- Euro pro Jahr, die wir bezahlen müssten. Zuerst haben wir aus den selben Voraussetzungen 120.000,-- Euro bekommen. Das haben wir sofort beeinsprucht und siehe da, diese Beratungen mit der E-Control haben ergeben, dass wir auf Euro 310.000,-- gesunken sind und auf denen stehen wir jetzt. Diese 310.000,--Euro, die wir jährlich berappen müssten und unter anderem ist uns eines jetzt auch noch unterstützend dazugekommen, dass der Verfassungsgerichtshof bei einem anderen Energielieferanten, nämlich den Stromerzeugern und den Stromlieferanten, zur Auffassung gekommen ist, dass die Gebrauchsabgabe sehr wohl ein Kostenfaktor ist, der angerechnet werden muss, nur komischerweise beim Gas nicht. Daher muss man sagen, glauben wir, dass wir mit dieser Beschwerde, die wir hier eingeleitet haben und jetzt noch neuerlich auch beim Verfassungsgerichtshof wieder erneuern werden, weil beim Verwaltungsgerichtshof ist es ja noch immer anhängig, durchaus reelle Chancen auf eine positive Erledigung haben. Jeden Euro, den wir uns dadurch ersparen können, in dieser jährlichen Apanage, die sozusagen hier an die E-Control abzuführen wäre, ist ein gewonnener Euro. In dem Sinn ersuche ich sie einfach dem Antrag mit der Abänderung zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag und der Abänderungsantrag ist somit einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf Sie jetzt in den Untergrund der Stadt Steyr entführen, in die Kanalisation.

12) BauT-6/06 Kanalisation Steyr – Kanalneubau 2006/2

1. Ennsleite; Roseggerstraße – Goethestraße
 2. Innere Stadt; Zieglergasse, Schächte aufsetzen
 3. Schlüsselhof – Ort; Schlüsselhofgasse; Fischergasse
 4. Münchenholz; Schächte aufsetzen, Kanäle umbinden;
- Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerichtung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 28. August 2006 wird die ARGE Held & Francke und Straßen- und Pflasterbau, Linz, mit der Errichtung für die im Betreff angeführten Kanäle in Höhe von € 570.059,53 exkl. MWSt. beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 570.059,53 exkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 570.059,53 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ebenfalls Kanalsanierungen, und zwar im Bereich Innenstadt und Schlüsselhofgasse, im Bereich HTL. Hier darf ich erwähnen, dass sich einige der anbietenden Firmen nicht an die Ausschreibungsaufgaben gehalten haben und daher auszuscheiden waren.

13) BauT-17/05 Kanalsanierungen Steyr, Baulos 2006; Kanalsanierungsarbeiten Innenstadt und Schlüsselhofgasse (HTL); Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. August 2006 werden die Kanalsanierungsarbeiten Innenstadt, NK 32 Stadtplatz, NK E Enge Gasse, NK G Grünmarkt, NK Pfarrstiege, NK S1 Stadtplatz, NK Mayrstiege, NK Bindergasse, NK Stögerstraße, NK Gabelsbergerstraße und NK Redtenbachergasse sowie den bestehenden Kanälen im Bereich der HTL Steyr, NK Schlüsselhofgasse 1/1, NK Schlüsselhof/Fachschulstraße 1, NK Schlüsselhof/Gürtlerstraße und NK Schlüsselhofgasse 2 – HTL an die Fa. DDS Rohrtechnik GmbH, Griesmühlstraße 6, 4600 Wels, vergeben.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Bauvorhabens werden in Höhe von EUR 476.221,35 exkl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004000 „Kanalbau – Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 476.221,35 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich möchte nur erwähnen, dass da bei den Angeboten gravierendste Unterschiede sind, zwischen EUR 476.000,-- und EUR 846.000,--, ein gewaltiger Unterschied. Wir kommen trotzdem zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Du hast immer die schönsten Anträge. Nächste Berichterstatterin ist

Frau StR Ingrid Weixlberger.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Bei mir geht es um gar kein Geld, in meinem Antrag. In meinem Antrag geht es um die Neuzusammensetzung des Jagdausschusses.

14) Agrar-10/04 Jagdausschuss; Änderung in der Zusammensetzung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 5.9.2006 wird nachstehende Änderung bzw. Neubesetzung in der personellen Zusammensetzung des Jagdausschusses zugestimmt.

Mitglied: Harald Dunst (anstelle Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner)

Ersatzmitglied: Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner (anstelle Engelbert Lengauer)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

Das war der letzte Punkt. Wir haben bei der heutigen Gemeinderatssitzung Verhandlungsgegenstände im Wert von Euro 3.262.700,-- beschlossen. Kenntnisnahme von Beschlüssen von Euro 49.000,--, also in Summe Euro 3.311.700,--.

Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.30 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Silvia Thurner eh.

GR Hans Payrleithner eh.